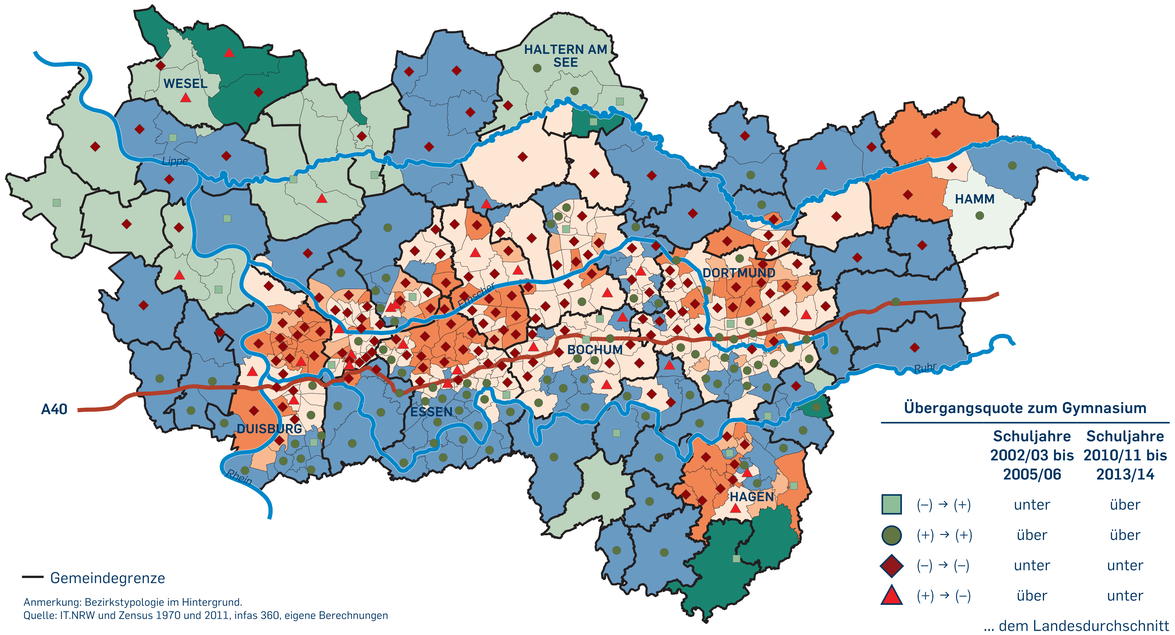
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
Fakultät für Sozialwissenschaft | **Lehrstuhl Sozialwissenschaftliche Datenanalyse** | www.methoden.ruhr-uni-bochum.de/metropoleruhr

RÄUMLICH SEGREGIERTE BILDUNGSTEILHABE

Übergangsquoten zum Gymnasium in den Jahren 2003–2006 und 2011–2014 im Regionalverband Ruhr (RVR) im Vergleich



Übergangsquote zum Gymnasium

	Schuljahre 2002/03 bis 2005/06	Schuljahre 2010/11 bis 2013/14
(–) → (+)	unter	über
(+) → (+)	über	über
(–) → (–)	unter	unter
(+) → (–)	über	unter

... dem Landesdurchschnitt

— Gemeindegrenze

Anmerkung: Bezirkstypologie im Hintergrund.
Quelle: IT.NRW und Zensus 1970 und 2011, infas 360, eigene Berechnungen

MEHREBENENREGRESSIONSMODELL – ÜBERGANGSQUOTE ZUM GYMNASIUM IM ZEITRAUM 2007–2010

	1	2	3	4
Abgänge (Anzahl)	0,01**	0,01*	0,01**	0,01**
davon weiblich (%)	0,12*	0,11*	0,10*	0,11*
davon Ausländer (%)	–1,15**	–1,37**	–1,30**	–1,01**
Distanz Gesamtschule (km)		0,12*	0,19**	0,16**
Distanz Gymnasium (km)		–1,14**	–1,01**	–1,33**
Gymnasien in der Gemeinde (Anzahl)		0,81**	0,47**	0,41**
Gesamtschulen in der Gemeinde (Anzahl)		–0,59**	–0,08	–0,07
Cluster 1 (Referenz: Cluster 5)			–0,10	–0,67
Cluster 2			–2,26	–3,03*
Cluster 3			–2,84*	–3,47*
Cluster 4			–3,05*	–3,81*
Cluster 6			–7,84**	–5,13**
Cluster 7			–10,92**	–8,36**
Cluster 8			–6,71**	–6,23**
Cluster 9			5,20**	5,40**
Mittelstadt (Referenz: Kleinstadt)			0,62	0,18
Großstadt			6,06**	6,18**
SGB-II-Dichte am Schulstandort				–2,48**
Konstante	38,74**	40,52**	40,66**	42,60**
R^2	0,124	0,336	0,411	0,434
ICC	0,571	0,444	0,381	0,39
N	2.747	2.747	2.747	2.747

Anmerkung: *p<0.05; **p<0.01. Quelle: IT.NRW, Zensus 1970 und 2011, eigene Berechnungen.

Den Einfluss des räumlichen Kontexts auf die Übergangsquoten zum Gymnasium wird unter Kontrolle weiterer Einflussfaktoren mittels linearer Mehrebenenmodelle mit variierenden bezirksspezifischen Konstanten untersucht. Im Rahmen der Analysen werden drei unterschiedliche Einflussfaktoren berücksichtigt: Die Struktur der Schülerschaft, das schulische Angebot und das Umfeld der Schulen.

Die Ergebnisse zeigen **erstens**, dass der Anteil der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler an den Übergängen eng mit den Übergangsquoten zusammenhängt: Je höher der Anteil an nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern, desto geringer ist die Übergangsquote zum Gymnasium. **Zweitens** zeigt sich, dass das Schulangebot in der Umgebung der Grundschulen einen Effekt auf die Übergangsquoten hat. Die Übergangsquoten zum Gymnasium sind dann höher, wenn das Angebot an Gymnasien in der Gemeinde groß ist. Zudem spielt auch die räumliche Nähe zwischen Grundschule und Gymnasium sowie konkurrierenden Schulformen eine Rolle. **Drittens** ist ein starker Zusammenhang zwischen dem Sozialraum der Grundschulen und den Übergangsquoten feststellbar. Wenn die Grundschulen in Bezirken liegen, deren Entwicklung im Verlauf des Strukturwandels von Arbeitervierteln hin zu sozial benachteiligten Bezirken erfolgte, sind die Teilhabechancen der Kinder auch unter Kontrolle der weiteren Faktoren deutlich geringer als etwa in konsolidierten bürgerlichen Bezirken.

Diese Effekte bleiben darüber hinaus relativ stabil, wenn für den Anteil der Minderjährigen im SGB-II-Bezug im Umfeld der Schule kontrolliert wird.

CLUSTERTYPEN

Um Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Hinblick auf die wirtschaftliche und soziodemografische Entwicklung der betrachteten Gebiete zu erfassen und gleichartige Bezirke zu identifizieren, wird eine Typisierung der Räume durchgeführt. Insgesamt wurden mittels einer latenten Klassenanalyse neun Cluster identifiziert, von denen acht im RVR-Raum vorkommen.

1	Ländliche Bezirke
2	Ländliche Bezirke
3	Ländliche Bezirke
4	Ländliche Bezirke mit stabilem produzierenden Gewerbe
5	Sozialökonomisch konsolidierte bürgerliche Bezirke
6	Ehemalige Arbeiterbezirke mit hohen Arbeitslosenquoten, hohem Altenquotienten und hohen Migrantenanteilen
7	Ehemalige Arbeiterbezirke mit sehr hohen Arbeitslosenquoten, vielen Familien und hohen Migrantenanteilen
8	Städtische Bezirke mit stabilem produzierenden Gewerbe
9	Stabiler Dienstleistungscluster

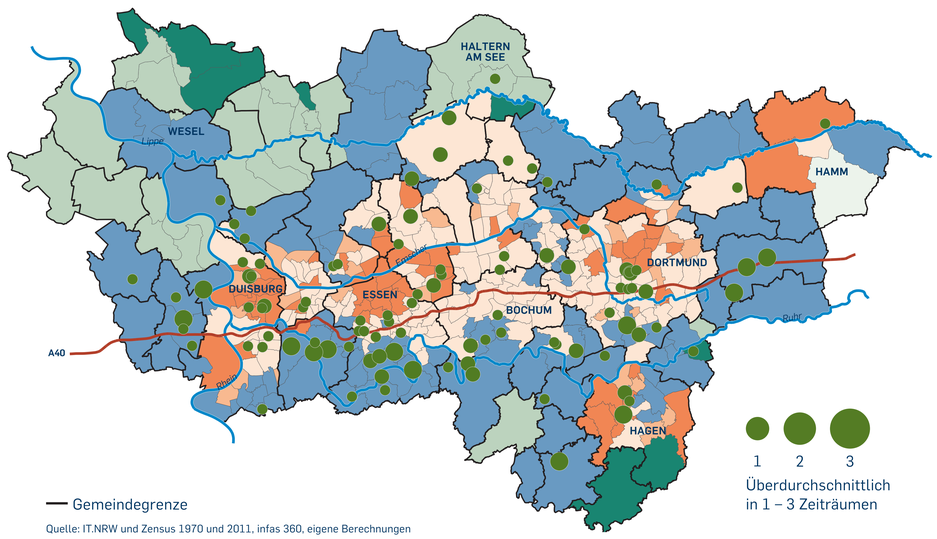
ÜBERGANGSQUOTEN

Als Maßstab für das Ausmaß der Bildungsteilhabe in den Bezirken ziehen wir die Übergangsquote zum Gymnasium heran, also den Anteil der Schülerinnen und Schüler einer Grundschule, die nach der vierten Klasse auf ein Gymnasium wechseln. Der Gymnasialbesuch spielt nicht nur eine zentrale Rolle beim Erwerb der Hochschulreife, sondern wird mittlerweile auch in vielen Ausbildungsberufen vorausgesetzt.

Die obenstehende Abbildung zeigt die Entwicklung der Übergangsquoten zum Gymnasium in den Bezirken im Vergleich zum Landesdurchschnitt zwischen den Untersuchungszeiträumen für die Schuljahre 2002/03 bis 2005/06 bzw. 2010/2011 bis 2013/2014. Die Symbole zeigen an, wie sich die Übergangsquote im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitpunkt verändert hat.

Wenn Grundschulen in Bezirken liegen, deren Entwicklung im Verlauf des Strukturwandels von Arbeitervierteln hin zu sozial benachteiligten Bezirken erfolgte (Typen 6, 7 und 8), sind die Teilhabechancen der Kinder deutlich geringer als etwa in konsolidierten bürgerlichen Bezirken (insbesondere Typ 5). Bereits die Differenz in den durchschnittlichen Übergangsquoten zwischen den Bezirken des Typs 7 zu den Quoten in den Bezirken des Typs 5 beträgt rund 13 Prozentpunkte. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen können noch deutlich größer ausfallen. Die Übergangsquoten zum Gymnasium liegen teilweise bei einigen Grundschulen deutlich unter 10 Prozent und bei anderen über 80 Prozent.

Unerwartet hohe Übergangsquoten zum Gymnasium bei Grundschulen im RVR im Zeitraum 2003–2014



— Gemeindegrenze

Quelle: IT.NRW und Zensus 1970 und 2011, infas 360, eigene Berechnungen

Die Modellrechnungen zeigen nicht nur Zusammenhänge zwischen Sozialraum und Bildungsbeteiligung auf, sondern liefern auch einen Ansatz für die Identifikation erfolgreicher Schulkonzepte und günstiger Rahmenbedingungen. Auf Grundlage der Mehrebenenregressionsmodelle für drei Zeitabschnitte wurden für die Übergangsquoten zum Gymnasium an den Grundschulen die Abweichungen von den modellbasierten Erwartungswerten bestimmt. Einige der Schulen weisen über längere Zeiträume erwartungswidrig hohe Übergangsquoten zum Gymnasium auf, d.h., die Quoten sind in einem, zwei oder drei Zeiträumen überdurchschnittlich. Die Analysen geben also Hinweise, von welchen Schulen man unter Umständen »lernen« kann.

Impressum | Textnachweis: Sebastian Jeworutzki, Katharina Knüttel, Catharina Niemand, Björn-Jan Schmidt, Jörg-Peter Schräpler und Tobias Terpoorten (2017): »Räumlich segregierte Bildungsteilhabe in NRW und im Ruhrgebiet«. In: Schräpler et al., Hrsg. Wege zur Metropole Ruhr | Redaktion Sebastian Jeworutzki | Gestaltung Isabel Wieland | Kartografie Dominik Rösner

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
Fakultät für Sozialwissenschaft | **Lehrstuhl Sozialwissenschaftliche Datenanalyse** | www.methoden.ruhr-uni-bochum.de/sozialwissenschaftliche-datenanalyse

DER SOZIALINDEX FÜR NRW

DIE BILDUNG VON SCHULSTANDORTTYPEN ÜBER SGB-II-DICHTEN UND MIGRATIONSHINTERGRUND

JÖRG-PETER SCHRÄPLER & SEBASTIAN JEWORUTZKI

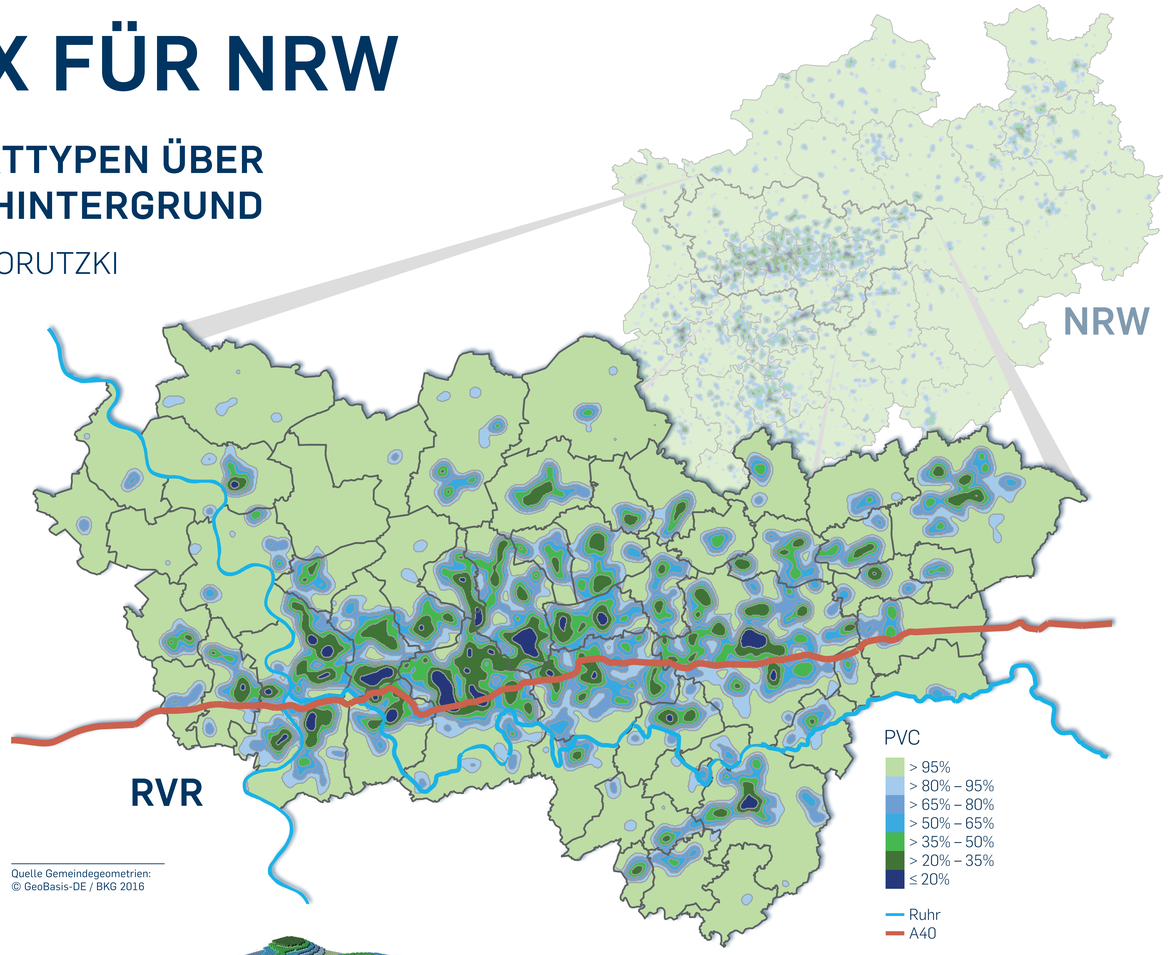
STANDORTTYPEN FÜR EINEN FAIREN VERGLEICH

Seit 2004 werden in NRW regelmäßig Lernstandserhebungen durchgeführt (VERA 3 und VERA 8). Mit den Schulleistungsvergleichen sollen den Schulen vergleichbare Leistungsindikatoren an die Hand gegeben werden. Die Schulen sollen diese Informationen zur Qualitätsentwicklung nutzen und den Vergleich zu anderen Schulen als Anstoß für Diskussionen zu pädagogischen Konzepten aufnehmen.

Um einen fairen Vergleich der Schulen zu ermöglichen, müssen leistungsrelevante Merkmale der Schülerstruktur berücksichtigt werden (Isaac 2016). Studien (Reiss u. a. 2016; Solga und Dombrowski 2009; Ditton 2010; Lange, Lauterbach und Becker 2003; Maaz u. a. 2010) zeigen, dass

- der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an den Schulen und
- der Anteil der Schüler mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen

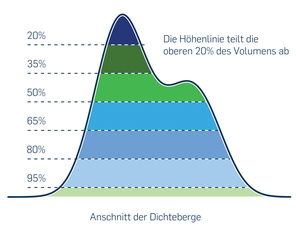
leistungsrelevante Faktoren sind. Im Auftrag des Schulministeriums NRW wurde ein Raumindex zur Beschreibung der Schülerstruktur entwickelt, um den Schulen einen solchen fairen Vergleich zu ermöglichen. Dieser Sozialindex basiert auf dem Standorttypenkonzept und setzt sich aus einem Sozialraumindikator (SGB-II-Dichte) und dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Grundschule zusammen (Schräpler und Jeworutzki 2016; Schräpler 2011).



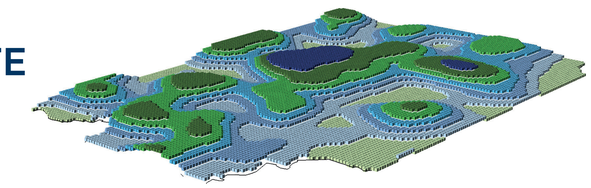
Quelle Gemeindegeometrien:
© GeoBasis-DE / BKG 2016

BESTIMMUNG DER SGB-II-DICHTE

Der Sozialraumindikator basiert auf der SGB-II-Quote der Kinder im Schulumfeld. Zur Berechnung dieser Quoten wird über ganz Nordrhein-Westfalen ein Gitter mit 100 m Kantenlänge gelegt und die Zahl der minderjährigen Personen mit Bezug von SGB-II-Leistungen in einer Gitterzelle an der Gesamtzahl der unter 18-Jährigen normiert (SGB-II-Quote der unter 18-Jährigen). Da das jeweilige Schuleinzugsgebiet durch das Schulumfeld repräsentiert werden soll, werden die ermittelten SGB-II-Quoten noch einmal geglättet. Dies hat zudem den Vorteil, dass einzelne leere Zellen (Datenschutz) als auch Extremwerte ausgeglichen werden. Technisch gesehen wird hierfür ein zwei-dimensionaler Kern-Dichte-Schätzer mit einer bivariaten Normalverteilung und einer Bandbreite von 500 m (siehe Kerndichteschätzung) berechnet und die Dichte für die 100 m Gitterzellen bestimmt. Im Anschluss daran werden die SGB-II-Dichten der Kinder über „Percentage-Volume-Contours“ (PVC) klassifiziert. Dabei erhalten die Räume, deren Dichte zu den oberen 20 Volumenprozenten des „Dichtebergs“ gehören, den Wert 7 und die unteren 5 Volumenprozente den Wert 1 (Abbildung links).



Anschnitt der Dichteberge



Datengrundlage für die Berechnungen bilden die pseudonymisierten Einzeldaten aus der Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (PEDS) zum Stichtag 31.12.2014 und die Einwohnerzahlen für die unter 18-Jährigen aus dem Zensus 2011.

BESTIMMUNG DER STANDORTTYPEN DER SCHULEN

Für die Bestimmung der Standorttypen der Grundschulen wird als Sozialraumindikator die Dichte der SGB-II-Quote der Kinder am Schulstandort (PVC-Wert in der jeweiligen Gitterzelle) verwendet. Bei Schulen mit mehreren Teilstandorten wird der Durchschnitt der Sozialraumindikatoren genutzt. Als weiterer Indikator dient der von den Schulen mitgeteilte Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an den Schulen.

Beide Indikatoren werden über eine Hauptkomponentenanalyse zu einem Faktor, dem Sozialindex, vereint. Die Quintile der Faktorwerte bilden die Standorttypen 1 bis 5, wobei die Schulen mit den geringsten SGB-II-Dichten der Minderjährigen und den niedrigsten Migrantenanteilen tendenziell den Wert „1“ erhalten und die Schulen mit den höchsten SGB-II-Dichten im Schulumfeld und den höchsten Migrantenanteilen tendenziell den Wert „5“.

Da die weiterführenden Schulen größere und teilweise sehr selektive Einzugsgebiete aufweisen, kann der Wert des Sozialraumindikators nicht wie an den Grundschulen direkt am Schulort ermittelt werden. Hier werden stattdessen die Rauminformationen der Herkunftsgrundschulen der Schülerinnen und Schüler der Schule genutzt, da sie die jeweiligen Wohnorte besser wiedergeben. Zur Berechnung werden die Werte des Sozialraumindikators (SGB-II-Dichte) der Herkunftsgrundschulen mit der Gesamtzahl der Übergänge auf die jeweilige weiterführende Schule gewichtet und dann ein Durchschnittswert bestimmt. Mit diesem herkunftsgewichteten Sozialraumindikator und dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den weiterführenden Schulen wird der Index wiederum über eine Hauptkomponentenanalyse gebildet und die ermittelten Quintile dann als Standorttyp der weiterführenden Schule genutzt.

KERNDICHTESCHÄTZUNG

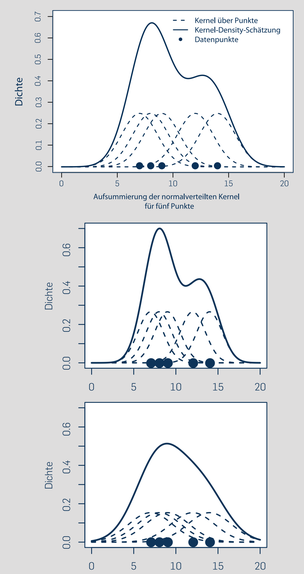
Das konkrete Vorgehen bei der Kerndichteschätzung soll an einem einfachen Beispiel erläutert werden. Die erste Abbildung zeigt fünf Punkte, über die normalverteilte Kernelfunktionen (gepunktete Linien) gelegt werden. Die Aufsummierung der einzelnen Funktionen ergibt die geschätzte Kernel-Density-Funktion bzw. den Kerndichteschätzer (fett gedruckte Linie). Für die Kernel stehen verschiedene Funktionen zur Verfügung. Relativ häufig wird in der Praxis eine Normalverteilung verwendet, welche den Vorteil besitzt, dass sie einen Wertebereich von plus bzw. minus unendlich abdecken kann und damit theoretisch alle Punkte im Untersuchungsgebiet erfasst.

Die nachstehende Funktion berechnet den Dichtewert an dem Rasterreferenzpunkt x_j bei einem normalverteilten Kernel (z.B. Wand und Jones 1995):

$$\hat{f}(x_j) = \sum_{i=1}^{N} \left[W_i \cdot \frac{1}{h^2 2\pi} \cdot e^{-\left(\frac{d_{ij}^2}{2h^2}\right)} \right]$$

wobei d_{ij} die Distanz zwischen dem jeweiligen Punkt x_i und dem Referenzpunkt x_j im Raster (Rasterzellenmittelpunkt) bezeichnet, h ist die gewählte Bandbreite, bzw. Standardabweichung der Normalverteilung und W_i stellt eine optionale Gewichtungsvariable dar. In dieser Formulierung wird die Symmetrie der Kernel ausgenutzt, aufgrund der es unerheblich ist, ob der Kernel über die Beobachtungspunkte oder die Referenzpunkte im Zentrum der Rasterzelle gelegt wird.

Bei der Berechnung der mit dem Kern-Dichte-Verfahren geglätteten SGB-II-Quoten ist die Wahl der Bandbreite von besonderer Bedeutung: Je größer die Bandbreite ist, desto stärker werden die SGB-II-Quoten geglättet, je kleiner, desto eher können auch kleine lokale Unterschiede berücksichtigt werden (Abbildungen rechts). Für die Bestimmung der optimalen Bandbreite bei der Kern-Dichte-Schätzung werden sowohl sog. „Plugin-Bandbreiten“ als auch Bandbreiten nach dem Cross-Validation-Kriterium (CV) bestimmt. Aufgrund der Ergebnisse der beiden Verfahren wird die Bandbreite für das KDE Verfahren auf 500 m festgelegt.



Literatur

Ditton, Hartmut (2010): Selektion und Exklusion im Bildungssystem, In: Quenzel, Gudrun und Hurrelmann, Klaus (Hrsg): Bildungsverlierer, Wiesbaden.

Isaac , Kevin (2016): Der Sozialindex und die Vorhersagekraft von Lernstandserhebungen in Nordrhein-Westfalen. Analysen zur Relevanz diagnostischer Testverfahren. In: Groot-Wilken, Bernd, Isaac, Kevin und Schräpler, Jörg-Peter (Hrsg): Sozialindices für Schulen. Hintergründe, Methoden und Anwendung, Münster.

Lange, Andreas, Lauterbach, Wolfgang und Becker, Rolf (2003): Armut und Bildungschancen: Auswirkungen von Niedrigeinkommen auf den Schulerfolg am Beispiel des Übergangs von der Grundschule auf weiterführende Schulstufen. In: Christoph Butterwegge und Klundt, Michael (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen.

Maaz, Kai u.a. (Hrsg) (2010): Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule: Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten, Bonn.

Reiss, Kristina u.a. (Hrsg) (2016): PISA 2015: eine Studie zwischen Kontinuität und Innovation, Münster.

Schräpler, Jörg-Peter (2011): Konstruktion von SGB II – Dichten als Raumindikator und ihre Verwendung als Indikator im Rahmen der Sozialberichterstattung am Beispiel der „sozialen Belastung“ von Schulstandorten in NRW – ein Kerndichte-Ansatz In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Band 5, Ausgabe 2, S. 97–124.

Schräpler, Jörg-Peter und Jeworutzki, Sebastian (2016): Der Sozialindex für NRW - Die Bildung von Schulstandorttypen über SGB-II-Dichten und Migrationshintergrund. In: Groot-Wilken, Bernd, Isaac, Kevin und Schräpler, Jörg-Peter (Hrsg): Sozialindices für Schulen. Hintergründe, Methoden und Anwendung, Münster.

Solga, Heike und Dombrowski, Rosine (2009): Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung: Stand der Forschung und Forschungsbedarf, 2009.

Wand, Matt P. und Jones, Chris (1995): Kernel smoothing, London.

Impressum | Textnachweis: Schräpler, Jörg-Peter und Jeworutzki, Sebastian (2016): Der Sozialindex für NRW - Die Bildung von Schulstandorttypen über SGB-II-Dichten und Migrationshintergrund. In: Groot-Wilken, Bernd, Isaac, Kevin und Schräpler, Jörg-Peter (Hrsg): Sozialindices für Schulen. Hintergründe, Methoden und Anwendung, Münster. | Gestaltung Isabel Wieland | Kartografie Sebastian Jeworutzki

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Fakultät für Sozialwissenschaft | **Lehrstuhl Sozialwissenschaftliche Datenanalyse** | www.methoden.ruhr-uni-bochum.de/sozialwissenschaftliche-datenanalyse

SOZIALE SEGREGATION IN NRW

JEWORUTZKI, SCHRÄPLER & SCHWEERS

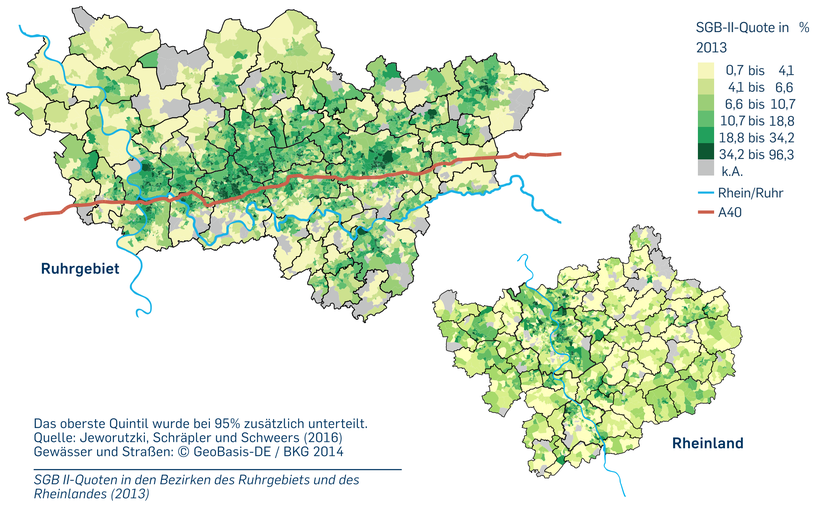
Im Sozialbericht NRW 2016, dem Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, wurde im wissenschaftlichen Vertiefungskapitel „Soziale Segregation" die ungleiche räumliche Verteilung von Personen mit Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II in den nordrhein-westfälischen Gemeinden untersucht und analysiert, wie sich die Segregation zwischen 2009 und 2013 entwickelt hat.[1] Damit wurde zum ersten Mal eine flächendeckende Bestandsaufnahme der residentiellen sozialen Segregation in NRW vorgenommen. Darüber hinaus wurden begleitende Faktoren sozialer Konzentration und Segregation analysiert sowie im Rahmen einer Typisierung „Sozialräume" mit ähnlichen Problemlagen identifiziert.

[1] *Die Einschränkung auf den SGB II-Leistungsbezug ist vor allem der Datenlage geschuldet, da nur für diesen Personenkreis unterhalb der Gemeindeebene flächendeckend und landesweit Daten verfügbar sind.*

RÄUMLICHE KONZENTRATION VON ARMUT

Bislang wurden für gesamt Nordrhein-Westfalen lediglich Daten zum SGB-II-Bezug für Kreise oder Gemeinden ausgewiesen. Hierbei zeigt sich, dass der Anteil an Personen mit Bezug von SGB-II-Leistungen in den Großstädten des Ruhrgebiets und des Rheinlandes deutlich höher ist als in vielen ländlichen Kreisen.

So variieren die SGB-II-Quoten im Jahr 2013 auf Gemeindeebene zwischen 1,7 % und 22,0 %. Die Darstellung von Anteilswerten auf Gemeindeebene ist allerdings in vielen Fällen unzureichend. Sie vernachlässigt den Umstand, dass innerhalb der Gemeinden oft eine sehr heterogene Verteilung vorliegt. Erst eine kleinräumige Betrachtung erlaubt einen differenzierten Blick auf Armutsgebiete im Land. Wir verwenden daher für unsere Analysen flächendeckend kleinräumige Bezirke der Firma microm (PLZ8 Bezirke), die im Durchschnitt in NRW 570 Haushalte umfassen. Die Ergebnisse zeigen, dass die SGB-II-Quoten in den Städten im Ruhrgebiet nicht überall gleich hoch sind, vielmehr konzentrieren sich hohe Quoten zumeist in den nördlichen Bezirken der Ruhrgebietsstädte. Der Verlauf der Autobahn A 40 bildet hier einen „Sozialäquator" der die reicheren südlichen Teilgebiete von den ärmeren nördlichen trennt. Ähnliche Unterschiede lassen sich auch im Rheinland erkennen, wo entlang des Rheins vom südlichen Teil Düsseldorfs über Köln bis Troisdorf höhere SGB-II-Quoten zu finden sind.

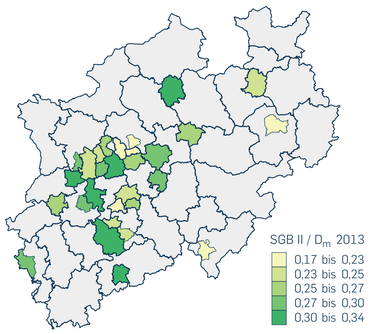


Das oberste Quintil wurde bei 95% zusätzlich unterteilt.
Quelle: Jeworutzki, Schräpler und Schweers (2016)
Gewässer und Straßen: © GeoBasis-DE / BKG 2014

SGB II-Quoten in den Bezirken des Ruhrgebiets und des Rheinlandes (2013)

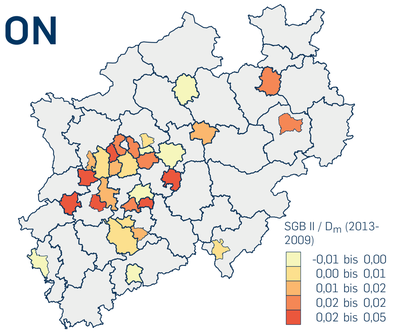
SOZIALE SEGREGATION IN DEN GEMEINDEN

Solche räumlichen Unterschiede in der Sozialstruktur der Bevölkerung werden unter dem Begriff der „sozialen Segregation" zusammengefasst. Das Ausmaß der Segregation lässt sich durch den Dissimilaritätsindex D_m darstellen: Die Indexwerte können als Anteil der Bevölkerung einer Gemeinde interpretiert werden, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung über alle Bezirke zu erreichen.



Quelle: Jeworutzki/Schräpler/Schweers (2016)
Gemeindegeometrien: © GeoBasis-DE / BKG 2014

Dissimilaritätsindex D_m 2013 in den Großstädten von NRW



Quelle: Jeworutzki/Schräpler/Schweers (2016)
Gemeindegeometrien: © GeoBasis-DE / BKG 2014

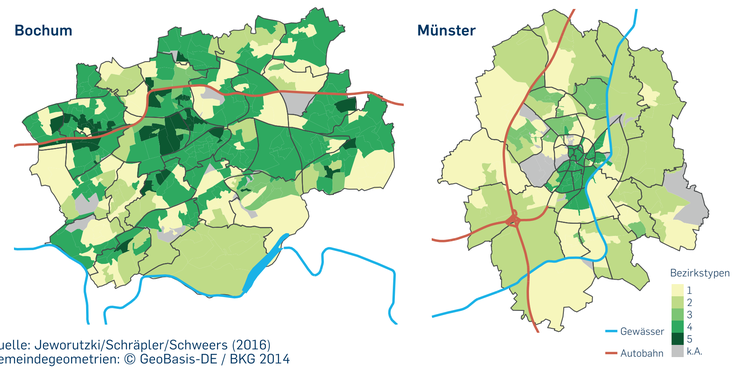
Veränderung des Dissimilaritätsindex D_m zwischen 2009 und 2013 in den Großstädten von NRW

Die soziale Segregation hat sich in dem Zeitraum von 2009 bis 2013 auf Gemeindeebene insgesamt nur geringfügig erhöht. Feststellbar ist, dass das Ausmaß der sozialen Segregation unter anderem vom Gemeindetyp abhängt. Im Durchschnitt ist sie in Großstädten höher als in kleineren Städten und Gemeinden. In Großstädten lag der korrigierte Dissimilaritätsindex im Jahr 2013 durchschnittlich bei 0,26, in Mittelstädten bei 0,21, in größeren Kleinstädten bei 0,19 und in Kleinstädten bei 0,15.

SOZIALRAUMTYPEN

Die kleinräumigen Bezirke unterscheiden sich nicht nur im Ausmaß und der Entwicklung des SGB-II-Bezugs, sondern auch in weiteren demographischen und wirtschaftlichen Aspekten. Um erstmals flächendeckend Sozialraumstrukturen für ganz NRW miteinander vergleichen und ähnliche Problemlagen identifizieren zu können, wurden die kleinräumigen Bezirke mittels einer Clusteranalyse zu fünf Typen zusammengefasst.

Bezirkstyp	Einwohner	Charakterisierung
1	6,2 Mio	Kaum sozial benachteiligter, gering verdichteter Raum
2	5,3 Mio	Durchschnittlich sozial benachteiligter, gering verdichteter Raum
3	3,0 Mio	Leicht überdurchschnittlich sozial benachteiligtes, leicht schrumpfendes großstädtisches Quartier
4	1,8 Mio	Stark sozial benachteiligtes, wachsendes, städtisches Quartier mit hoher, aber sinkender SGB-II-Quote sowie hohem Migrantenanteil
5	0,65 Mio	Sehr stark sozial benachteiligtes großstädtisches Quartier mit Bevölkerungsrückgang und stark wachsender SGB-II-Quote sowie hohem Migrantenanteil



Quelle: Jeworutzki/Schräpler/Schweers (2016)
Gemeindegeometrien: © GeoBasis-DE / BKG 2014

Bezirkstypen in Bochum und Münster

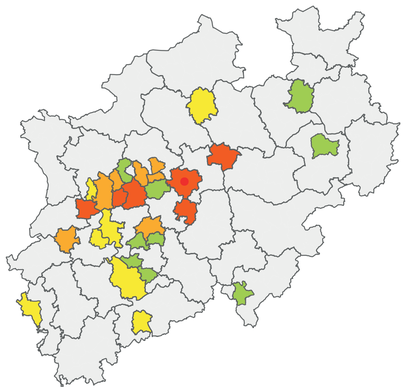
SEGREGATION UND SGB-II-QUOTE

Besonders auffällig ist die unterschiedliche Ausprägung der Segregation in den Großstädten. In vielen Großstädten des Ruhrgebiets sowie in Krefeld sind nicht nur die SGB-II-Quoten im Vergleich zum Landesdurchschnitt höher, sondern auch die Werte der Segregationsindizes. Die Ruhrgebietsstädte Essen und Dortmund fallen bei dieser Betrachtung besonders auf. In Gelsenkirchen und Herne ist der Segregationsindex unter- und die SGB-II-Quote überdurchschnittlich, was darauf hindeutet, dass sich die Bezirke weniger stark unterscheiden als etwa in Essen.

Segregation	SGB-II-Quote
+ über	+ über
+ über	- unter
- unter	+ über
- unter	- unter

dem Landesdurchschnitt

Hohe Segregationsindizes finden sich auch in Düsseldorf, Köln oder Aachen, in diesen Städten sind aber die SGB-II-Quoten insgesamt niedriger.



Dissimilaritätsindex D_m und SGB II-Quote (2013) in den Großstädten von NRW

URSACHEN VON SEGREGATION

Eine wesentliche Ursache für die soziale Segregation ist die Verteilung und Höhe der regionalen Angebotskaltmieten, die sich auch in der Heterogenität der Bevölkerungsstruktur der Stadtviertel und Bezirke zeigt. Der regionale Mietpreis kann als ein Zugangsmechanismus zu bestimmten Quartieren angesehen werden, der innerhalb der Städte mitunter für eine ungleiche Verteilung verschiedener Statusgruppen und Qualifikationsniveaus sorgt. In der Vergangenheit führten aber auch administrative Entscheidungen, wie z. B. der geplante Bau von Arbeiterwierteln oder später der soziale Wohnungsbau dazu, dass sozial segregierte Städte entstanden.

Diese in der Vergangenheit angelegten Ungleichheiten führen heute u. a. dazu, dass in Bezirken mit günstigen Mieten eher Personen mit geringerem Qualifikationsniveau und Einkommen leben, die in der Regel ein höheres Risiko aufweisen, arbeitslos zu werden und SGB-II-Leistungen zu beziehen.

Die Analysen deuten zumindest für die Groß- und Mittelstädte darauf hin, dass es ein Zusammenhang zwischen der Variation des lokalen Mietpreisniveaus, der SGB-II-Quote sowie der ethnischen Segregation und der Höhe der sozialen Segregation gibt. Die Segregation steigt im Mittel mit größerer Variabilität der Angebotskaltmieten in den Gemeinden, sowie mit der Höhe der SGB-II-Quote und dem durchschnittlichen Einkommen pro steuerpflichtiger Person in den Kommunen an.

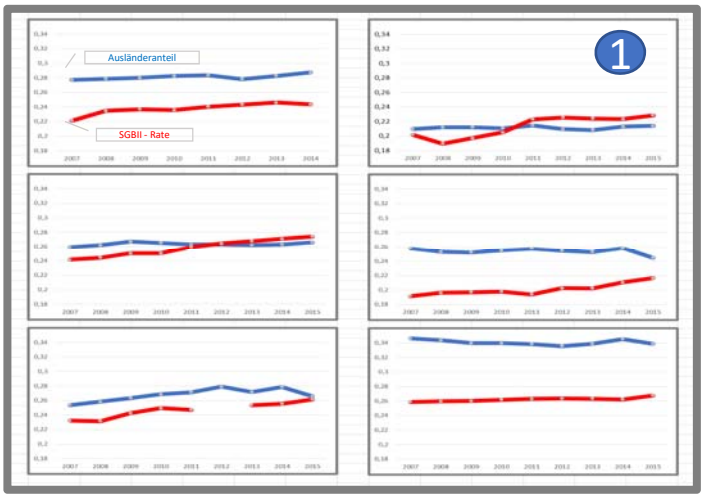
Impressum | Textnachweis: Jeworutzki, Sebastian, Jörg-Peter Schräpler und Stefan Schweers (2016): Soziale Segregation – Die räumliche Ungleichverteilung von SGB-II-Bezug in NRW, in: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg): Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf, S. 405–452 | Gestaltung Isabel Wieland | Kartografie Sebastian Jeworutzki

Das Ruhrgebiet: Abgehängt und gespalten.

Von der Illusion der Chancengleichheit und der Ohnmacht sozialer Stadtentwicklung“

Das Projekt „Mikrodatenanalyse“ befasst sich mit den Bedingungen, Kontexten und Folgen zunehmender Armut und Ungleichheit. Im Zentrum der Forschung steht die soziale, räumliche und institutionelle Benachteiligung armer Familien und Kinder. Beteiligt waren bisher die Ruhrgebietsstädte Mülheim, Gelsenkirchen und Hamm.

Entwicklung der Segregationsindizes in 6 Ruhrgebietsstädten

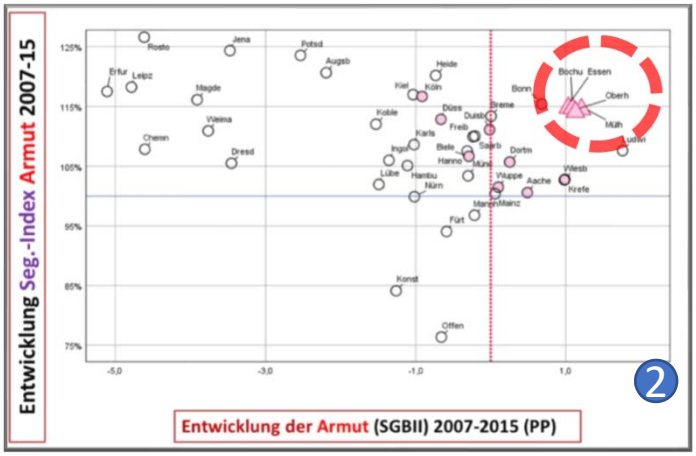


Armut und Armutssegregation nehmen im Ruhrgebiet so stark zu wie in keiner anderen Region in Deutschland (1 und 2). Zugleich nimmt der Zusammenhang zwischen demografischer, ethnischer und Armutssegregation ab. Nur letztere zeigt eine eindeutige Steigerungstendenz.

- Ruhrgebietsstädte (E,MH,BO,OB) bilden ein untypisches Cluster
  - steigender Armut und zugleich
  - stark zunehmender räumlicher Segregation (2)
- Stadtentwicklung - verstanden als Standort-Konkurrenz - und Wohnungsmarktpolitik scheinen diese Entwicklung zu verstärken.
- „Schönreden“ ersetzt häufig den notwenigen öffentlichen Diskurs über die besondere Problematik

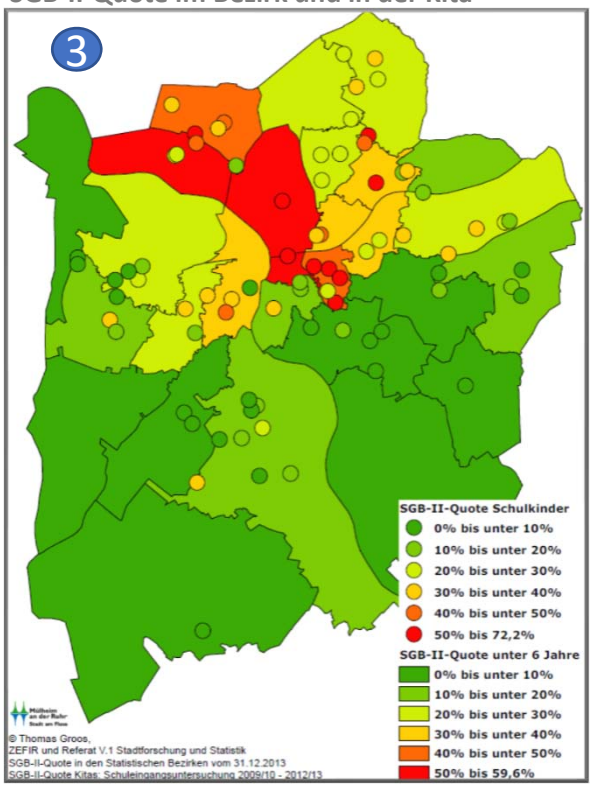
Entwicklung der Armut und der räumlichen Segregation

(ausgewählte Städte in Deutschland)



- Mehr noch als Stadtteile sind Kitas und Schulen segregiert. „Soziale Inklusion scheint Illusion“. Stattdessen herrscht soziale Abschottung.
- Am stärksten segregiert sind die privilegierten Milieus.
- Einrichtungen und Nachbarschaften entkoppeln sich zunehmend voneinander. Konfessionelle und private Träger sind häufig Treiber dieser Entwicklung (3).
- „Steuerung“ versagt. Unter ihrem Label wird mitunter das Gegenteil bewirkt.

Kinder unter 6 Jahren im SGB-II-Bezug
SGB-II-Quote im Bezirk und in der Kita



Verantwortlich und Kontakt: Volker.Kersting@rub.de

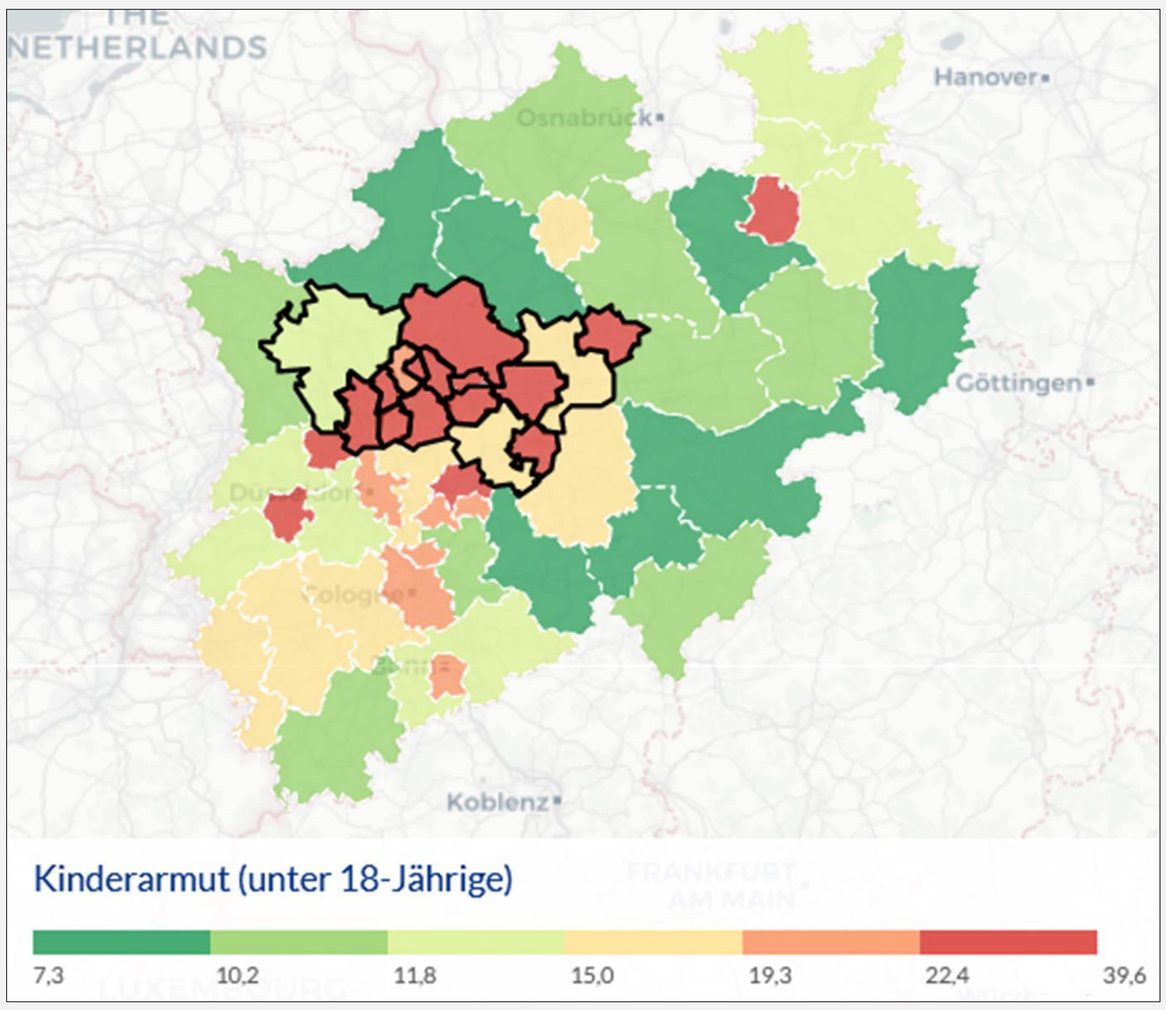
Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Kommunale Präventionsketten Nordrhein-Westfalen
EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds
BertelsmannStiftung
ZEFIR RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM FAKULTÄT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT ZENTRUM FÜR INTERDISZIPLINÄRE REGIONALFORSCHUNG

Die Zukunft des Ruhrgebiets – Was kommt nach dem Strukturwandel?

Der NRW-KECK gibt Hinweise

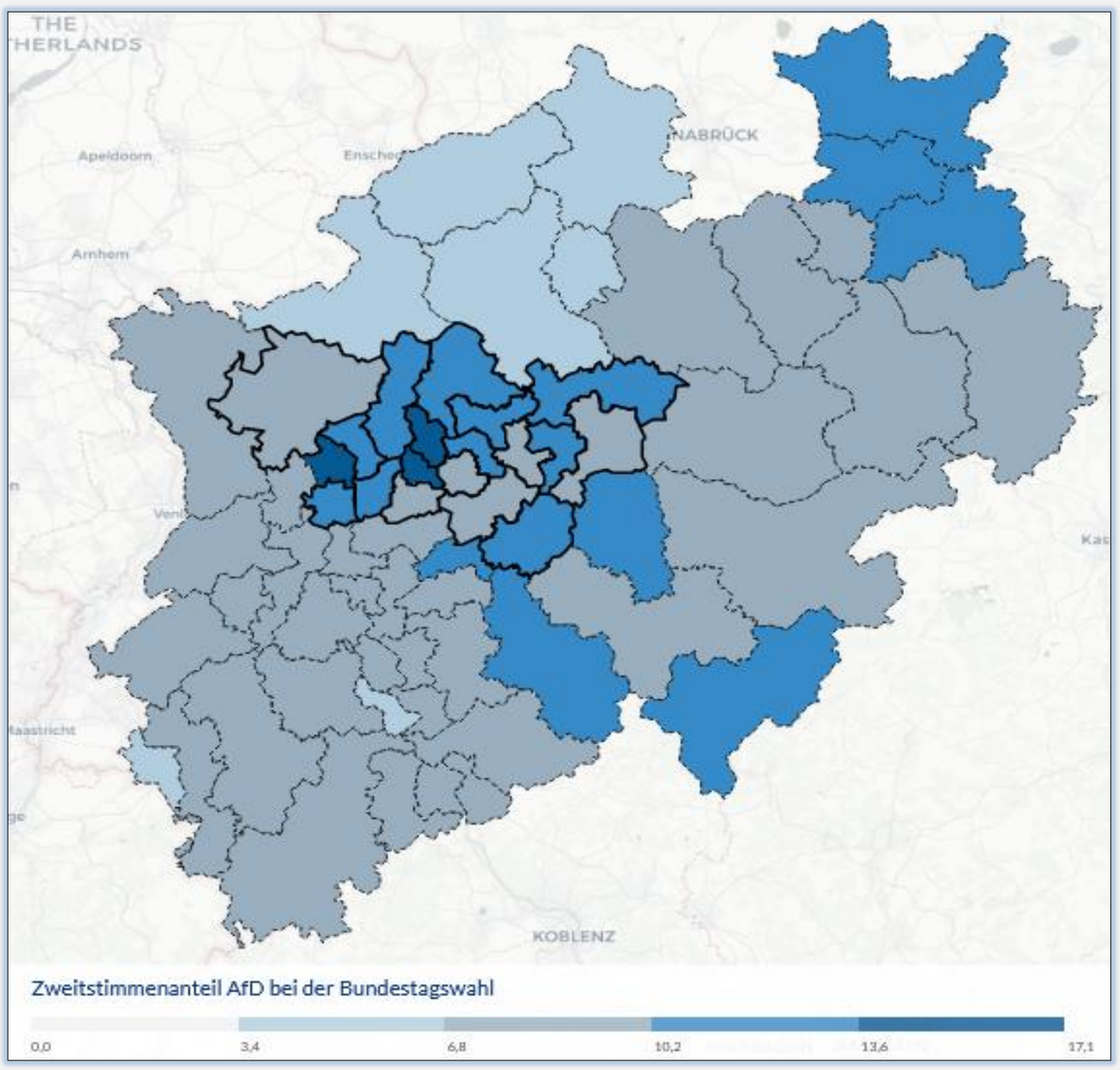
Der NRW-KECK zeigt, dass sich die Herausforderungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Ruhrgebiet konzentrieren. Grundlage des NRW-KECK sind die Daten der amtlichen Statistik.

Kinderarmutsquote in den NRW-Kreisen in 2016 (unter 18-Jährige im SGB II-Bezug) (1)



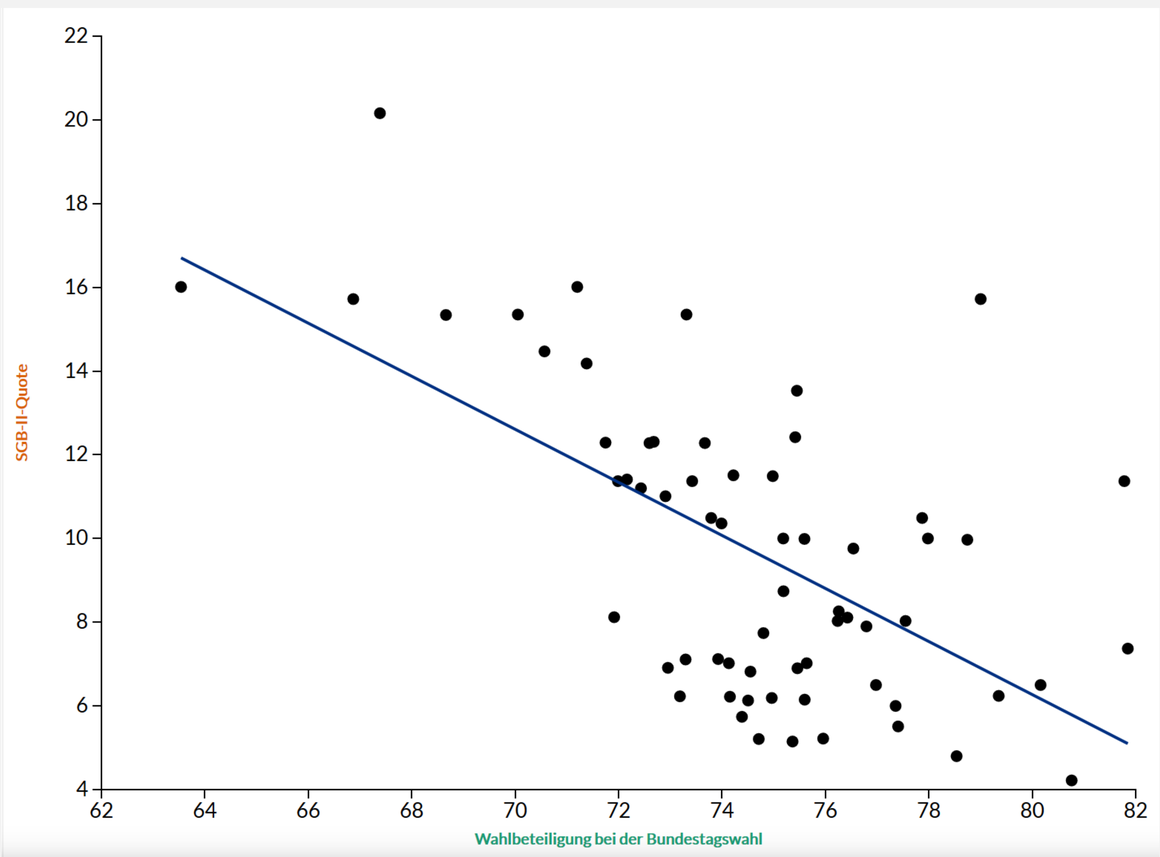
Soziale Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Transparenz und öffentlicher Diskurs sind daher notwendig. Dazu leistet der NRW-KECK einen Beitrag auf regionaler Ebene.

Zweitstimmenanteil AfD in NRW-Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2017 (3)



Im Ruhrgebiet wachsen besonders viele Kinder in Armut auf (1). Es zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Armut und Wahlbeteiligung: Dort, wo viele Menschen in Armut leben, war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl im Jahr 2017 besonders gering (2) und der Zweitstimmenanteil der AfD hoch (3).

Zusammenhang von Armut und Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen in NRW bei der Bundestagswahl 2017 (2)



Für Kommunen bietet der KECK-Atlas die Möglichkeit, soziale Ungleichheit auf kleinräumiger Ebene sichtbar zu machen, zu analysieren und zu reduzieren.

Weitere Informationen zum KECK-Atlas unter www.keck-atlas.de

BertelsmannStiftung

Verein Familiengerechte Kommune

Politische Landschaft Ruhrgebiet - Wahlforschung mit Raumdaten

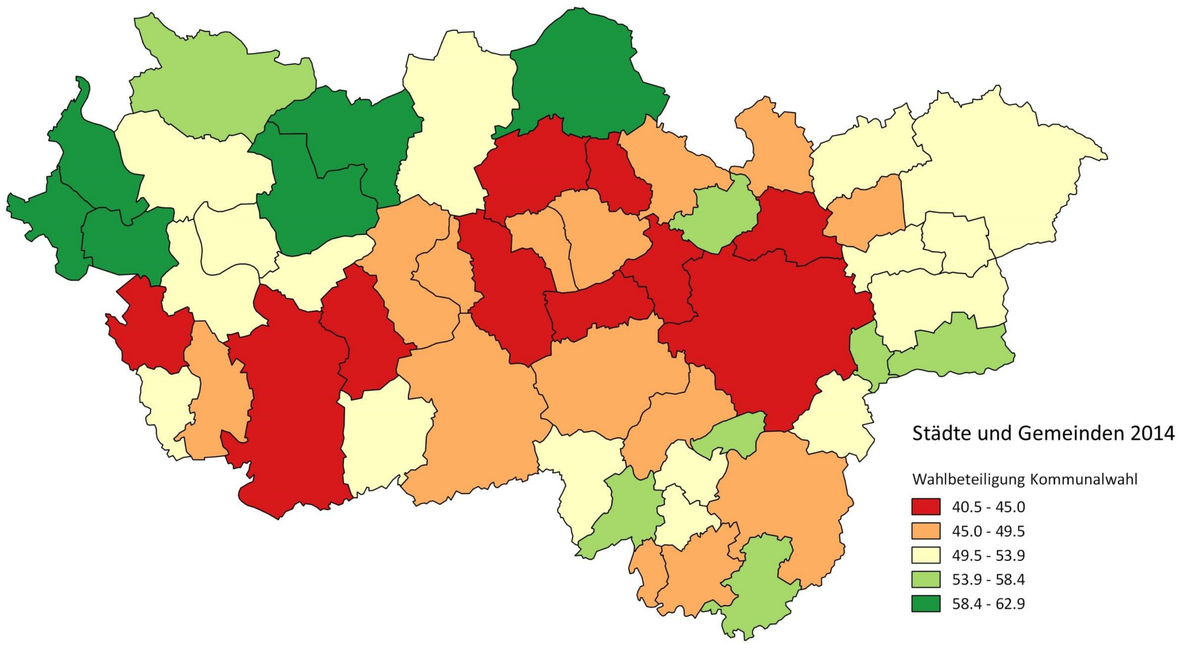
David H. Gehne

Ansätze und Analysen

- Nutzung amtlicher Wahldaten für verschiedene Wahlen auf räumlicher Ebene im Zeitvergleich
- Räumliche Ebenen: Städte und Kreise, Stadtteile, Wahl- und Stimmbezirke je nach Verfügbarkeit
- Verschneidung mit Daten zur Sozialstruktur auf gleicher räumlicher Ebene
- Analyse regionaler und kleinräumiger Entwicklungstendenzen bei Wahlen im Zusammenhang mit Strukturen sozialer Ungleichheit
- Präsentation von Ergebnissen in Fachaufsätzen, in den Medien, Vorträgen und im Rahmen von Politikberatung und der Lehre

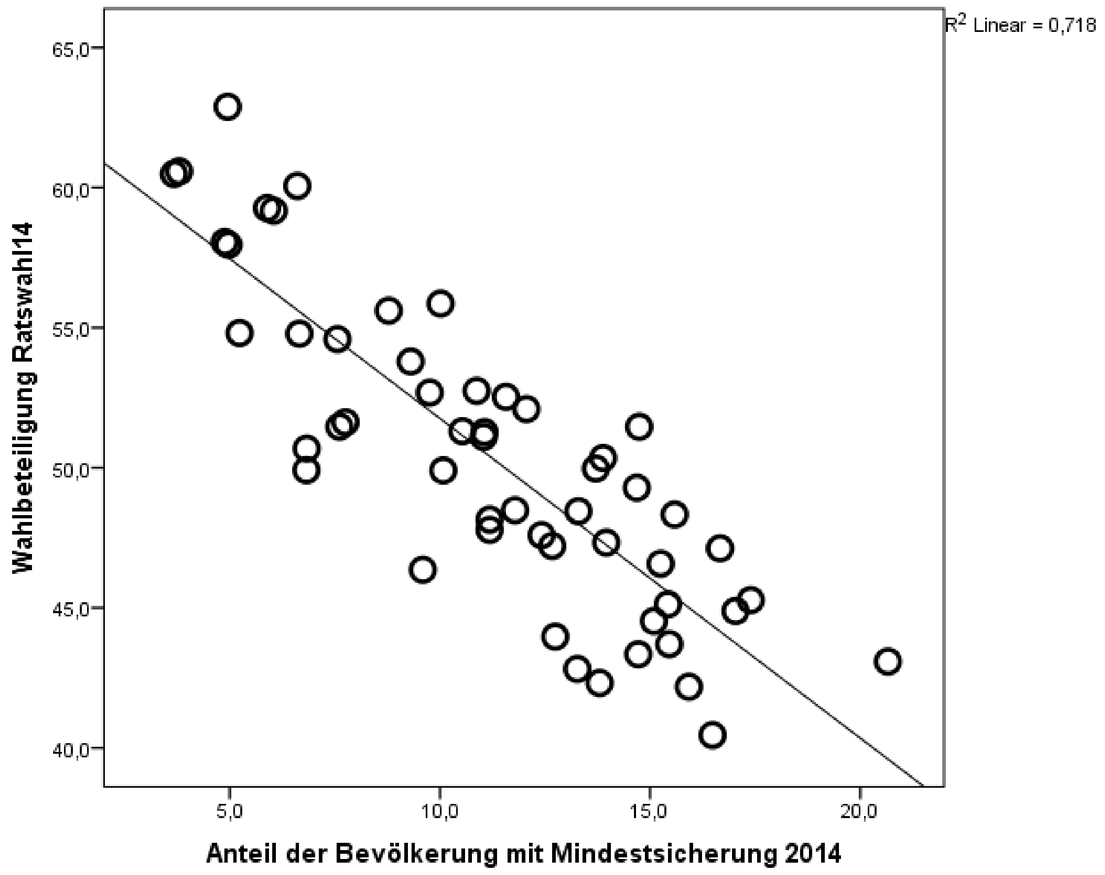
Kommunalwahl 2014/2015 im Ruhrgebiet

Wahlbeteiligung im Ruhrgebiet bei der Ratswahl 2014

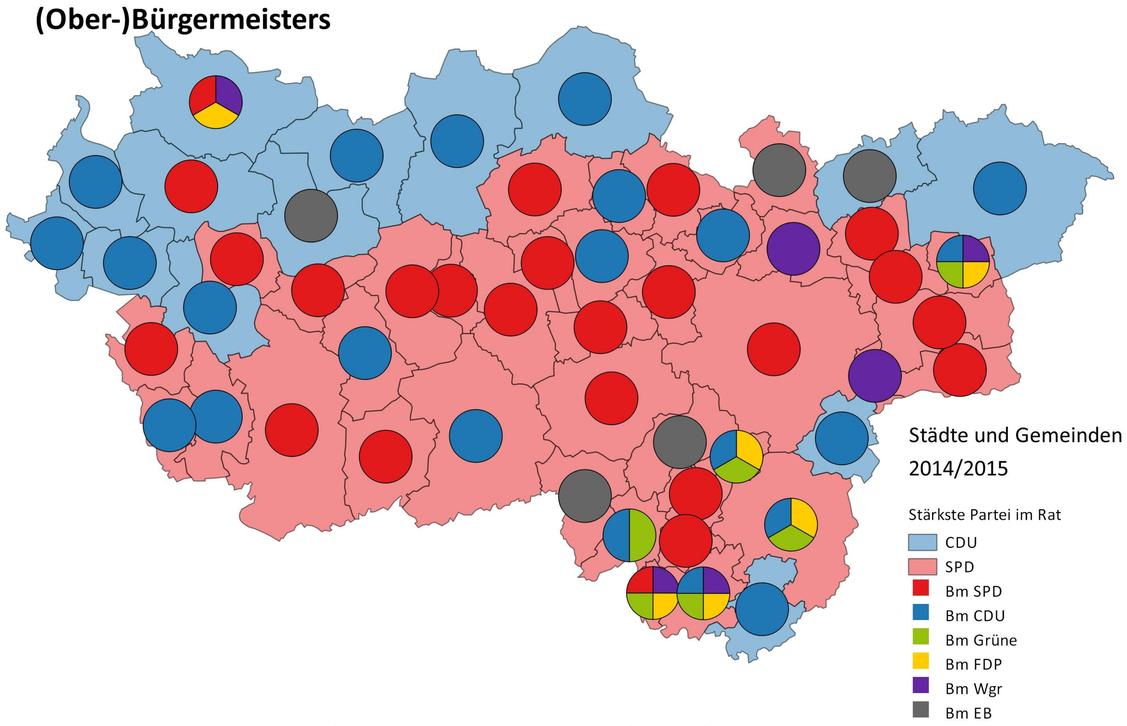


- Die Wahlbeteiligung variiert im Vergleich der Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet.
- Sie lag über dem Durchschnitt in den Randbereich und deutlich darunter in der urbanen Kernzone.
- Sie ist in Städten besonders niedrig, in denen der Anteil der Transferempfangenden besonders hoch ist.

Wahlbeteiligung und Armut (Städte und Gemeinden)

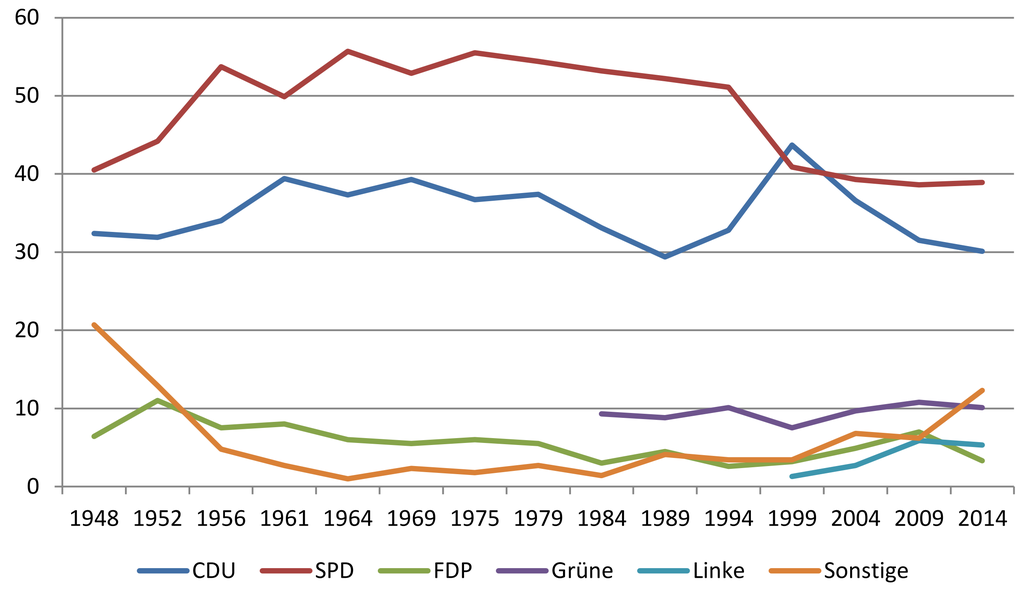


Kommunalwahl 2014/2015: Stärkste Partei im Rat und politische Farbe des (Ober-)Bürgermeisters



- Seit 1999 werden die Bürgermeister und Landräte in NRW direkt gewählt.
- Ratsmehrheit und Bürgermeister haben daher auch im Ruhrgebiet nicht überall die selbe „parteipolitische Farbe“:
  - Kohabitation (Stärkste Fraktion SPD, Ob CDU) z.B. in Essen und Oberhausen
  - Bm als Einzelbewerber z.B. in Hattingen, Witten, Werne und Hünxe
  - Homogene Konstellationen z.B. in Bochum, Duisburg, Dortmund (SPD) und Hamm (CDU)
- Außerdem gibt es seit 2009 die Möglichkeit, Kandidaten durch mehrere Parteien/Wählergruppen nominieren zu lassen. Hagen war 2014 die erste Großstadt in NRW, in der ein von mehreren Partei vorgeschlagener Oberbürgermeister gewählt wurde.

Ratswahlergebnisse im RVR 1948-2014



- Im Längsschnitt bei Ratswahlen wird die Stagnation der Ergebnisse der SPD seit 1999 sichtbar.
- Die CDU kann nach ihrem Wahlerfolg 1999 davon aber nicht mehr profitieren, die Ergebnisse sinken seit 1999.
- Seit Wegfall der Sperrklausel 1999 hat sich in vielen Städten aber auch die Wettbewerbssituation stark verändert. Neue Wettbewerber sind vielfach im Rat vertreten, in Bochum und Dortmund z.B. 11 verschiedene Gruppierungen, in Duisburg 8 und zusätzlich sechs fraktionslose Mandatsträger.

ZEFIR
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
FAKULTÄT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
ZENTRUM FÜR INTERDISZIPLINÄRE REGIONALFORSCHUNG

Verwaltungshandeln in der Flüchtlingspolitik

Projekt „Verwaltungshandeln in der Flüchtlingspolitik – Entwicklung praxisbezogener Hilfestellungen“ (01.2017 – 06.2017)

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Jonas Hafner, André Kastilan

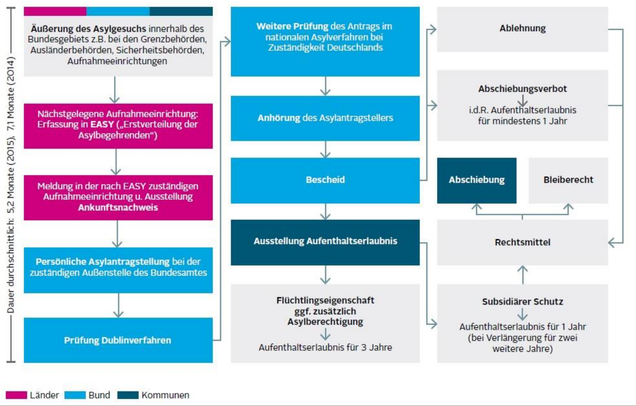
Projekt „Nachhaltige Neuordnung der Migrations- und Integrationsverwaltung“ (11.2017 – 06.2018)

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Jonas Hafner, Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Moritz Heuberger, Prof. Dr. Martin Burgi, Dr. Christoph Krönke

Gefördert von
STIFTUNG MERCATOR

Verwaltungszuständigkeiten

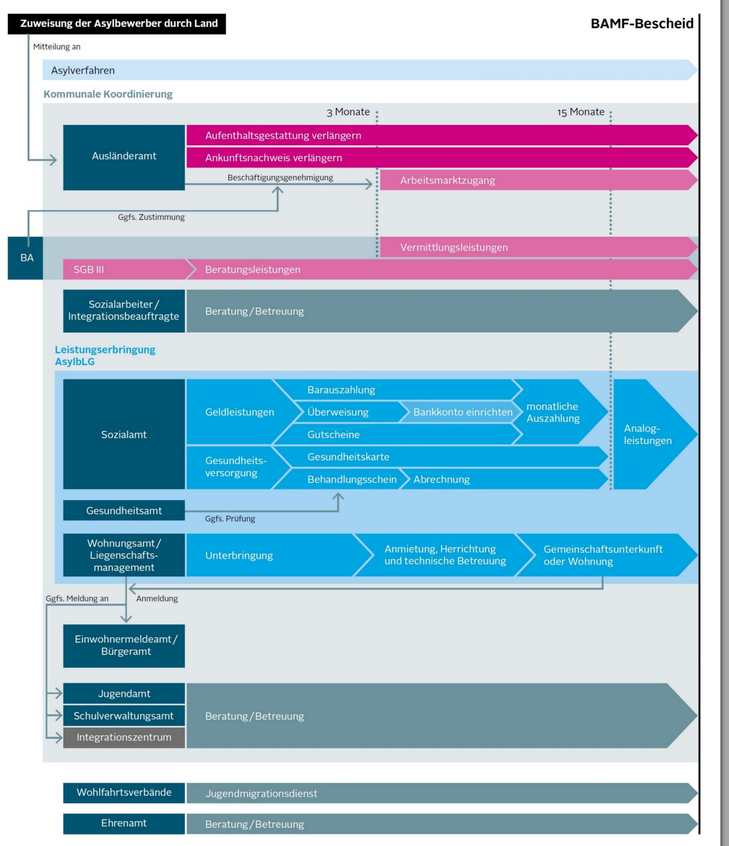
Asylverfahren



Wesentliche Gesetzesgrundlagen der Politikfelder Asyl und Integration

	Rechtsgrundlage	Zuständiges Bundesministerium	Ausführende Behörde
Asylverfahren	**Asylgesetz** (AsylG)	Bundesministerium des Innern (BMI)	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
Aufenthaltsstatus	**Aufenthaltsgesetz** (AufenthG)	Bundesministerium des Innern	Kommunale Ausländerbehörde [als übertragene Aufgabe der Länder]
Sozialleistungen	**Asylbewerberleistungs-gesetz** (AsylbLG)	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	Kommunales Sozialamt
	Nach 15 Monaten: **Analogleistungen** (SGB XII)		Kommunales Sozialamt
	Bei Anerkennung: **Grundsicherung für Arbeit-suchende** (SGB II) und **Sozialhilfe** (SGB XII)		Jobcenter / Kommunales Sozialamt
Arbeitsmarkt	**Arbeitsförderung** (SGB III)	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Bundesagentur für Arbeit (BA) / Arbeitsagenturen
	Bei Anerkennung: **Grundsicherung für Arbeit-suchende** (SGB II)		Jobcenter
Integration	**Aufenthaltsgesetz** Integrationskurse	Bundesministerium des Innern	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
	Kommunale Selbstver-waltung Sprache, Wohnen, Gesundheit, Bildung		Kommunen durch Sozialämter, Wohnungsämter, Kommunale Integrations-zentren, Jobcenter
	Schulgesetze der Länder Beschulung		Länder durch unterschiedliche Schulbehörden Kommunale Schulver-waltungsämter

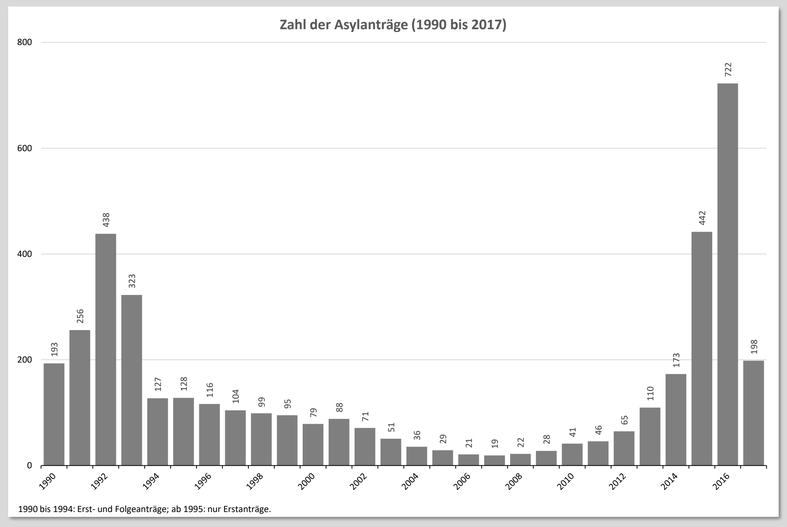
Kommunale Verwaltungsprozesse im Rahmen der Anschlussunterbringung von Asylbewerbern

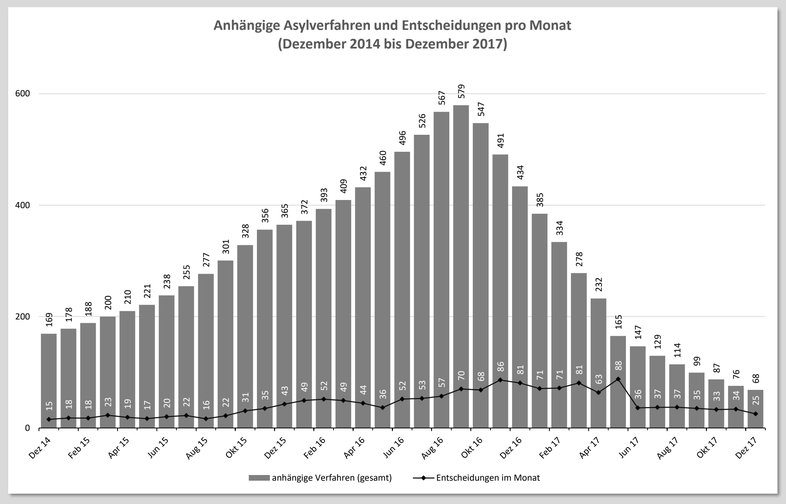


Der Bereich Asyl und Integration ist durch eine besonders hohe Politik- und Verwaltungsverflechtung gekennzeichnet.

Die Kommunale Ebene steht vor der Herausforderung die verschiedenen Akteure und Verfahren zu koordinieren.

Asylanträge





Hohe Fallzahlen sorgen für einen enormen Anstieg der anhängigen (unbearbeiteten) Asylanträge beim BAMF.

Problemlagen in verschiedenen Bereichen

- Sprachförderung
- Wohnen
- Sozialleistungen & Gesundheit
- Bildung & Ausbildung
- Arbeit

„Flüchtlingskrise“ legt vielfältige Vollzugs- und Koordinationsdefizite offen

- suboptimale gesetzliche Zuständigkeitszuordnungen
- Anzahl und Rolle von Schnittstellen und die Intensität der Abstimmung mit diesen
- Fallzahlen und Personalausstattung der Behörden
- Organisation des persönlichen Kontakts mit Antragsstellern und die Art der Leistungsgewährung (Pauschalierungen vs. Einzelfallprüfungen)

Grundprobleme

- sehr zersplitterte Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration
- formale Regelungen, die die Besonderheit der spezifischen Zielgruppe nicht hinreichend berücksichtigen, sowie
- ein uneinheitliches Verwaltungshandeln aufgrund vieler unbestimmter Rechtsbegriffe und zu häufiger Rechtsänderungen

Zwei Wege für Problem-lösungen

kurz-/mittelfristig: Optimierungen im bestehenden System der Zuständigkeiten

- Verbesserung des Datenaustausches zwischen Bund, Ländern und Kommunen
- Vermeidung des Rechtskreiswechsels von Leistungen des AsylbLG / SGB III zum SGB durch die Abschaffung des AsylbLG und Öffnung des SGB II generell für Asylbewerber
- prozessorientierte Bündelung von Verwaltungstätigkeiten auf kommunaler Ebene und Aufbau eines kommunal koordinierten Fallmanagements
- mehr Abstimmung zwischen den vielfältigen Beratungsangeboten
- stärkere Berücksichtigung der Besonderheiten der Zielgruppen bei beruflichen Anerkennungsverfahren
- Stärkung einheitlichen Verwaltungshandelns durch Vermeidung unbestimmter Rechtsbegriffe, symbolische Gesetzgebung und durch frühzeitige verwaltungsgerichtlicher Klärung

langfristig: Neue Aufgabenverteilung im Bundesstaat / Gesetzgeberische Änderungsbedarfe:

Zu prüfen ist unter anderem:

- Welche Ebene kann welche Aufgabe im Flüchtlingsmanagement am effektivsten lösen (Registrierung / Unterbringung / Entscheidung über Asylantrag / Rückführung vs. Integration)?
- Haben sich die seit dem Jahr 2005 erfolgten Zuständigkeitserweiterungen des BAMF bewährt? Sollte das BAMF die Zuständigkeit hinsichtlich der Sprach- und Integrationskurse behalten?
- Sollte das BAMF weiter mit diesem Ausmaß an Außenstellen als bundesunmittelbare Verwaltung wirken?
- Machen verstärkte Ausführungsregelungen in Gesetzes-, Verordnungs- und/oder in der Form von Verwaltungsvorschriften aus der Hand des Bundes Sinn?
- Wie kann der Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen verbessert werden?
- Verhindert der Sozialdatenschutz bessere Verwaltungsprozesse?

ZEFIR
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
FAKULTÄT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
ZENTRUM FÜR INTERDISZIPLINÄRE REGIONALFORSCHUNG

RUB

„Wie geht´s Dir?“ - UWE

Studie zu Umfeld, Wohlbefinden und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

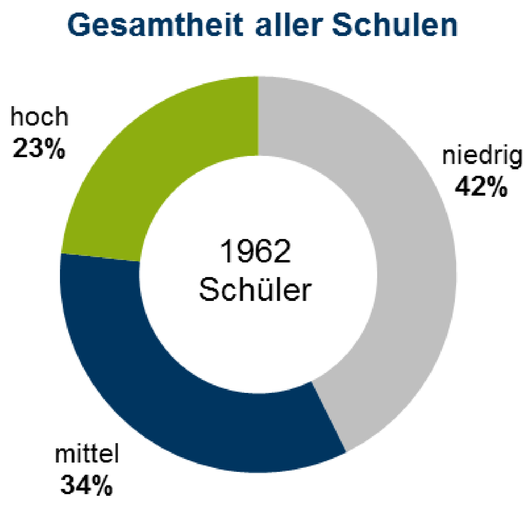
Wie erleben Kinder sozialräumliche Segregation und Bildungssegregation?

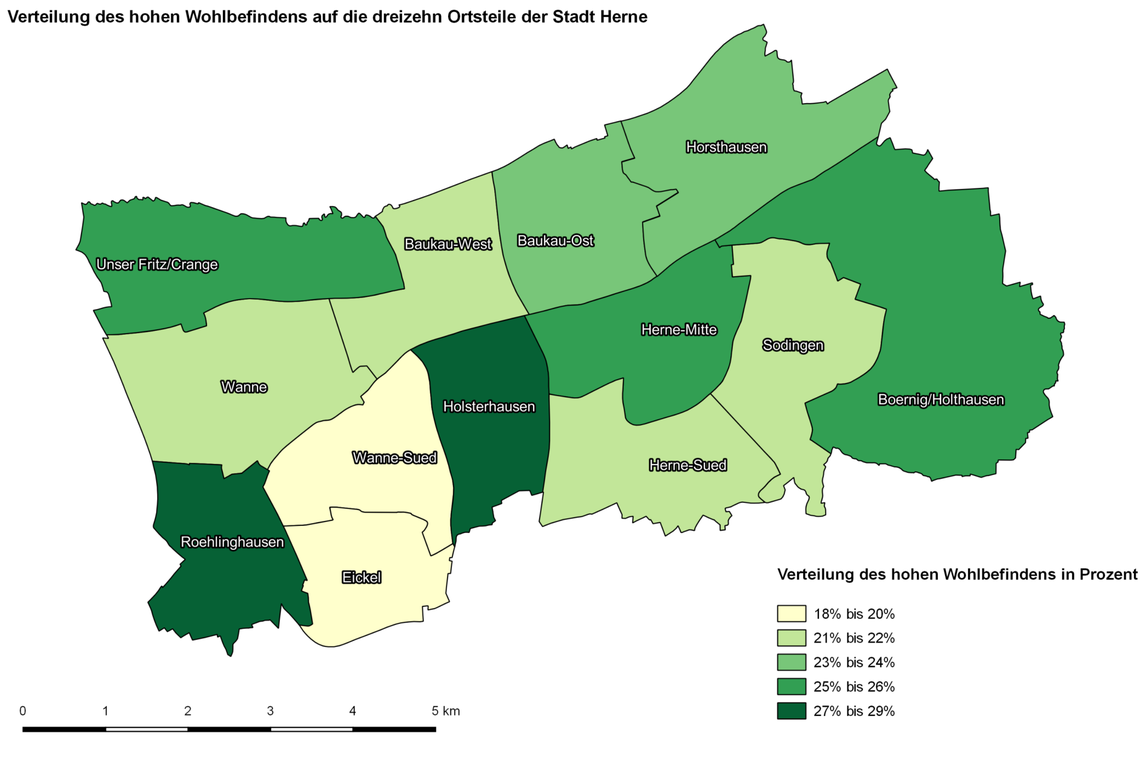
Beteiligte ZEFIR-Mitarbeitende: Peter Strohmeier, Katharina Yaltzis, Michaela Prijanto, Ralf Himmelmann und Sören Petermann

Dieses Projekt untersucht das persönliche Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen – jenseits ihrer schulischen Lernerfolge – in Abhängigkeit der dauerhaften Umwelt der Kinder, insbesondere den sozialen Kontexten Familie, Schule und Quartier. UWE ist ein Monitoring-Instrument für Kommunen, um die Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen insgesamt evaluieren zu können. Das Projekt wird gemeinsam mit der Partnerkommune Herne durchgeführt und finanziell vom Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) gefördert.

Wohlbefinden-Index

Allgemein wird gefragt: Wie geht es den Kindern?
Der Wohlbefinden-Index setzt sich aus Skalen der sozialen und emotionalen Entwicklung (Optimismus, Glück, Selbstwert, Abwesenheit von Traurigkeit) sowie zu allgemeiner Gesundheit zusammen.

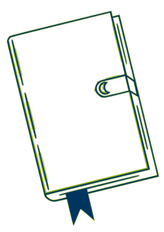




Ressourcen-Index

Das Wohlbefinden steht in direktem Zusammenhang mit Ressourcen, die Kindern und Jugendlichen im alltäglichen Leben zur Verfügung stehen.
Der Ressourcen-Index setzt sich aus den Skalen zu den wichtigsten entwicklungsrelevanten Ressourcen zusammen. Dazu gehören unterstützende Beziehungen und bereichernde Aktivitäten, die zu fünf Ressourcen-Typen zusammengefasst werden:

ERNÄHRUNG UND SCHLAF

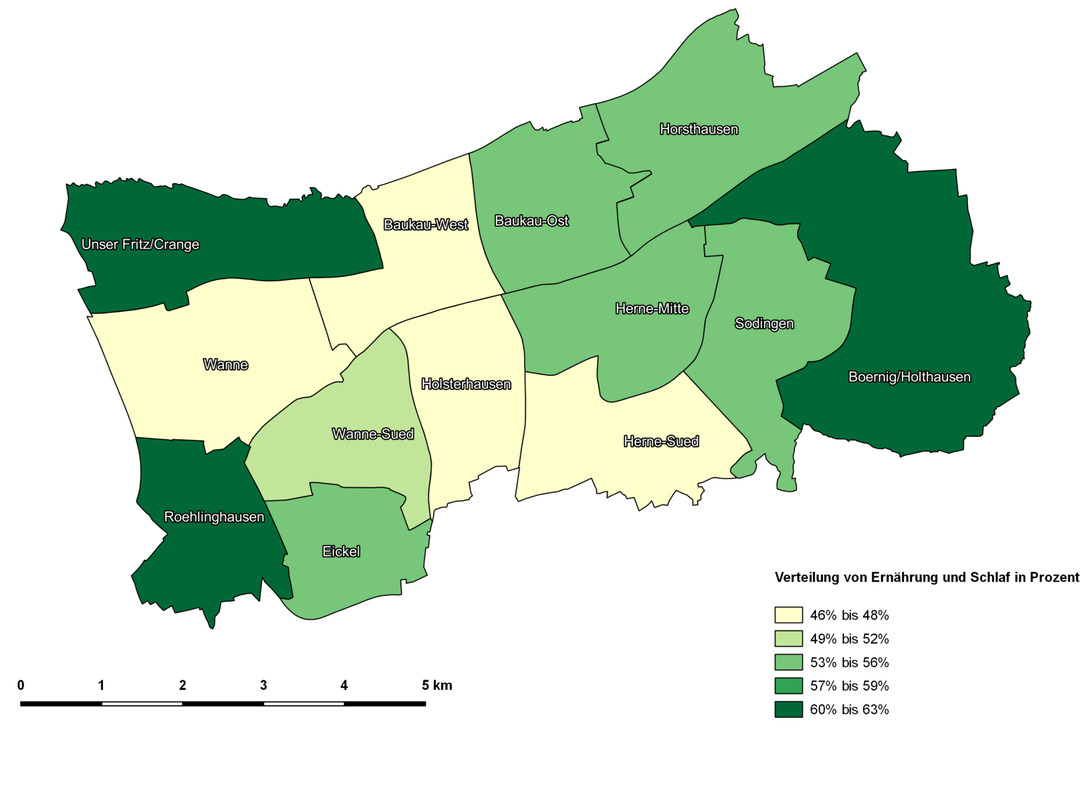


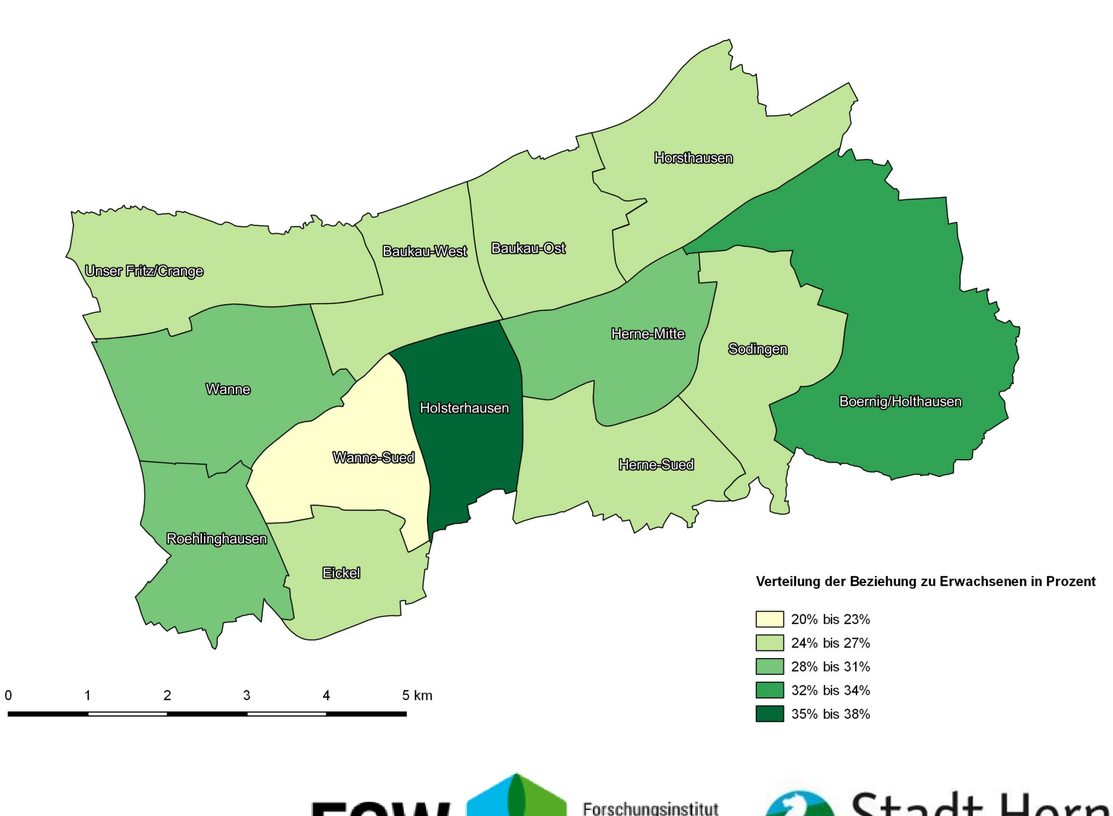
SCHUL-ERFAHRUNGEN

UNTERSTÜTZENDE BEZIEHUNGEN ZU ERWACHSENEN

BEZIEHUNGEN ZU GLEICHALTRIGEN

ORGANISIERTE FREIZEITAKTIVITÄTEN





FGW Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung

Stadt Herne
Mit Grün. Mit Wasser. Mittendrin.

Kleinräumige Segregationseffekte von Bergwerksstilllegungen im Ruhrgebiet am Beispiel ausgewählter Kommunen

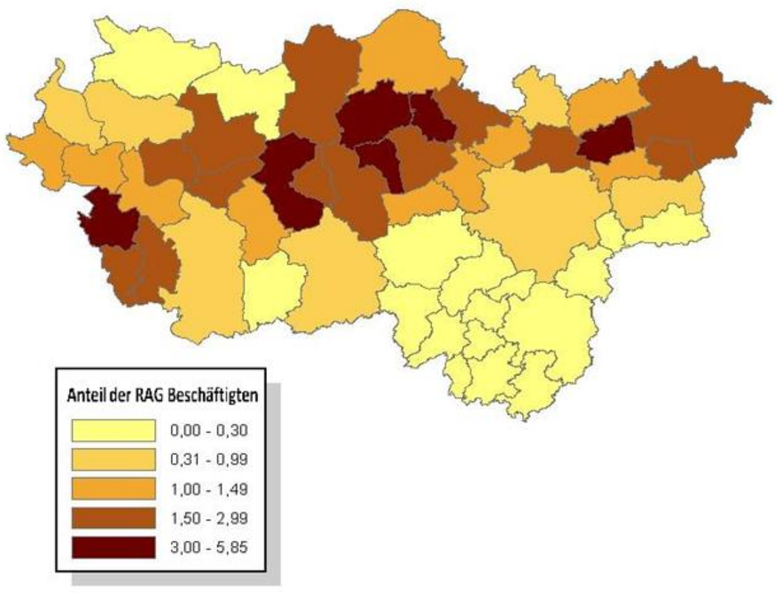
Klaus Peter Strohmeier, David H. Gehne, Sebastian Kurtenbach, unter Mitarbeit von Marco Förster

Fragestellung und Methoden

Erst stirbt die Zeche, dann stirbt der Stadtteil?

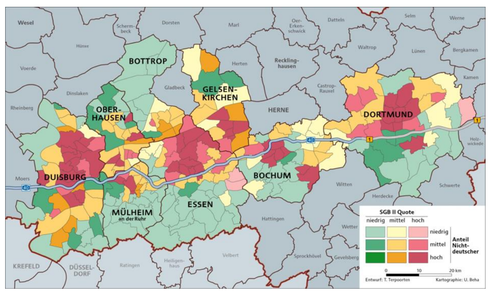
- Wie wirkt sich die Stilllegung eines Bergwerkes in der letzten Phase des Ruhrbergbaus (ca. 1980-2010) auf die umliegenden Stadtteile aus?
- Kleinräumige Fallstudienanalyse in den **Städten Essen, Gelsenkirchen und Herten**
- Analyse der Daten der Volkszählungen 1970 und 1987 sowie kommunaler Daten 2010/2011
- Konstruktion von direkten Wirkungsbereichen
- Vergleich von Segregationsstrukturen über die Zeit unter Berücksichtigung von Schließungsdaten

Regionale Verteilung der RAG-Beschäftigten im RVR-Gebiet 2010



Wirkungsmodell

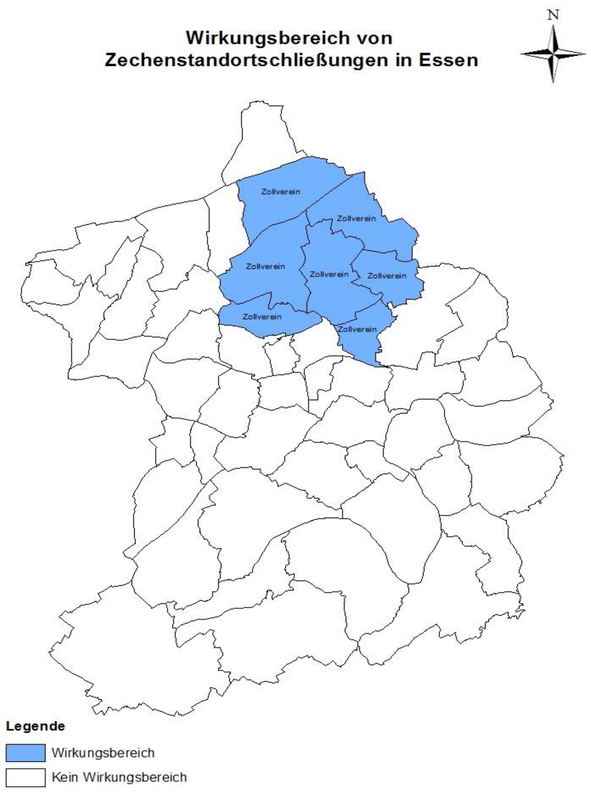
- Die ursprünglich enge Beziehung zwischen Zechenstandort und umliegenden Wohngebiet hat sich in den letzten vierzig Jahren zunehmend räumlich entkoppelt.
- In der letzten Phase des Ruhrbergbaus pendelten viele Bergleute zu ihren Standorten und wohnen in anderen Städten.
- Wirtschaftlicher Strukturwandel und wachsende soziale Segregation in den Städten sind zeitlich parallel ablaufende Prozesse.
- Ehemalige Arbeiterviertel v.a. im Norden der Ruhrgebietsstädte sind heute die Stadtteile mit dem höchsten Anteil an armen Kindern.

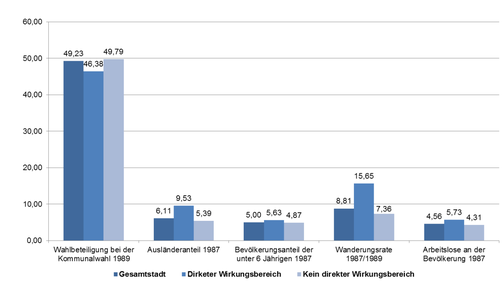


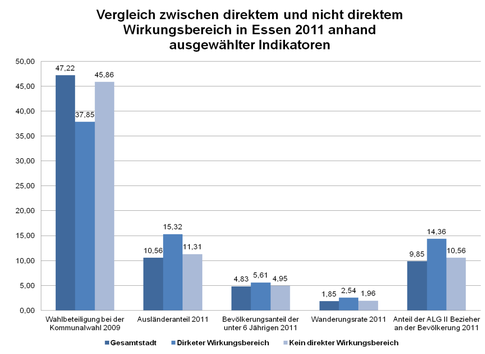
A 40 als Sozialäquator

- **Aber sind die Schließung der Zechen auch die alleinige Ursache der wachsenden Segregation in den Stadtteilen?**

Ergebnisse am Beispiel Essen







- Ein direkte Vergleiche von Armutsstrukturen über die Zeit aufgrund der Datenverfügbarkeit ist nicht möglich.
- Eine Alternative ist der Vergleich der Rangpositionen von Stadtteilen in der Stadt nach Arbeitslosenquote (1987) sowie Anteil der SGB II - Empfangenden (2011) nach Zugehörigkeit zum Wirkungsbereich einer Zeche.
- **Die Stilllegung der letzten Zeche hat in Essen kleinräumig im Zeitvergleich keine zusätzliche negative Dynamik erzeugt, die sozialräumliche Polarisierung der Stadt war 1987 schon angelegt.**
- Die Stadtteile haben sich unterschiedlich entwickelt: manche stabil aufgrund einer sozial gut abgesicherten Bevölkerung mit Bergbauhintergrund (Renten und Sozialpläne), andere sind im Vergleich der Stadtteile abgestiegen, oft aufgrund des Verkaufs von Werkswohnungen und folgender selektiver sozialer Mobilität.
- **Bergwerksstilllegungen haben aber in der Region Prozesse von Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Verarmung ausgelöst bzw. beschleunigt**

Wirkungsmodell: Segregationseffekte nach Bergwerksstilllegungen bei räumlicher Ent-Koppelung von Wohn- und Arbeitsort

	vor der Stilllegung	**nach der Stilllegung**		
Phase		**1**	**2**	**3**
Zeche				
	Arbeitsort in räumlicher Nähe	Flächenkonversion, Gebäudeumnutzung	Wenig neue Arbeitsplätze (Dienstleistung, Bildung, Kultur u.Ä.)	Wenig neue Arbeitsplätze (Dienstleistung, Bildung, Kultur u.Ä.)
Arbeitsmarkt	Arbeitsplätze für gering qualifizierte Personen	Wegfall Arbeitsplätze	Keine Arbeitsplätze für gering qualifizierte Personen	Keine Arbeitsplätze für gering qualifizierte Personen
Stadtteil				
Bevölkerung	Hoher Anteil an Bergleuten und ihren Familien	Hoher Anteil an Bergleuten (Pendler) und ihren Familien	Sinkender Anteil an Bergleuten (Pendler) und ihren Familien, Bergbaurentner, Zuzug armer Bevölkerung	Weiterer Zuzug armer Bevölkerung, Jugendliche ohne/mit niedrigem Bildungsabschluss und geringen Beschäftigungschancen
Indikator	**niedrige Arbeitslosigkeit**	**niedrige Arbeitslosigkeit**	**wachsende Arbeitslosigkeit**	**hohe Arbeitslosigkeit**

ZEFIR
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
FAKULTÄT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
ZENTRUM FÜR INTERDISZIPLINÄRE REGIONALFORSCHUNG

Gefördert von der RAG-Stiftung

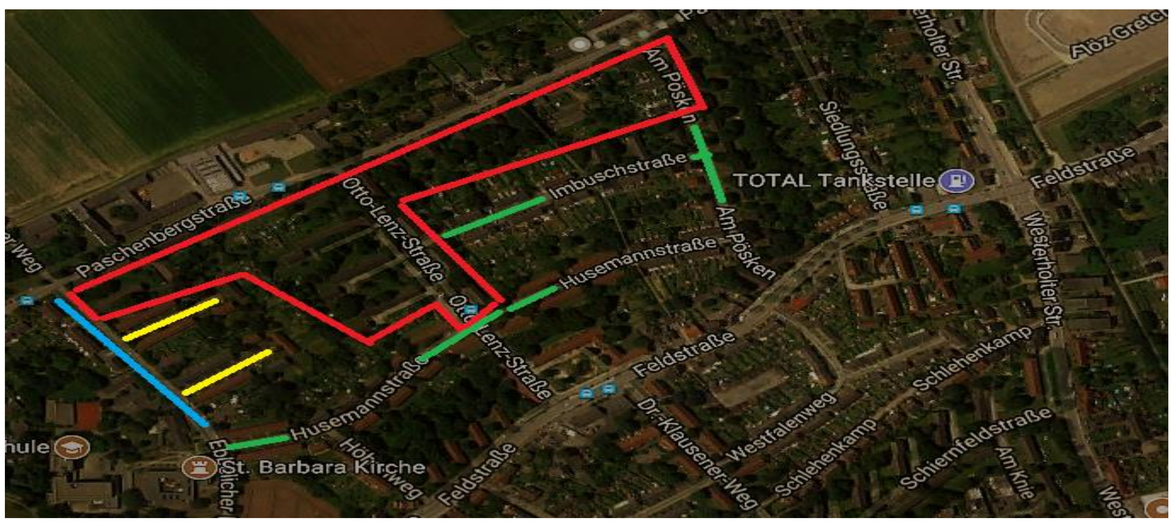
Der Hertener Paschenberg – eine Fallstudie zum Strukturwandel

Erst stirbt die Zeche, dann entwickelt sich die Stadt
Mathis Thomalla

Stirbt mit Stilllegung der Zeche Schlägel & Eisen die Nachbarschaft der ehemaligen Zechensiedlung?

Bildquelle: HERTEN - Bildband

Die Zechensiedlung, der ehemaligen Zeche Schlägel&Eisen (Bild oben), im Hertener Stadtteil Paschenberg gilt als sog. Relegationszone. Ein Quartier, in das soz. benachteiligte „abgeschoben“ werden; und aus dem es so gut wie kein Entkommen gibt. Das stimmt nur zum Teil. Bei Untersuchungen vor Ort fällt auf, die äußeren Grenzen der Zechensiedlung sind nicht die einzigen des Quartiers (Bild unten).


Paschenbergstraße
Otto-Lenz-Straße
Imbuschstraße
Am Pösken
Husemannstraße
TOTAL Tankstelle
Feldstraße
Siedlungsstraße
Westerholter Str.
Schlehenkamp
Schlehenkamp
Schlehenkamp
Dr.-Klausener-Weg
Westfalenweg
Schlehenkamp
Schlehenkamp
Schlehenkamp

Der Hertener Paschenberg – eine Fallstudie zum Strukturwandel

Modernisierung oder Abriss und Neubau? Perspektiven und Handlungsoptionen für Wohnquartiere der 1950er Jahre am Beispiel Herten Paschenberg

Franziska Bramann

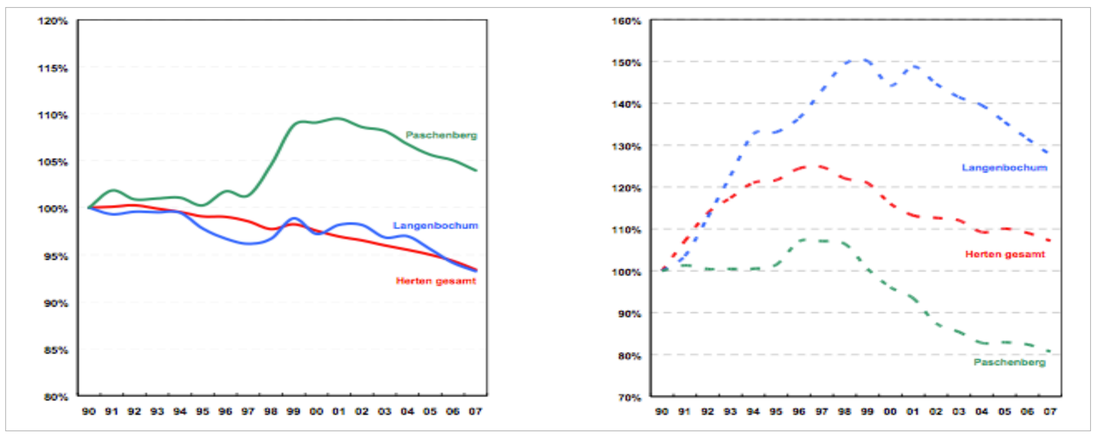
Fragestellung

- Welches sind die Probleme und Potenziale des Paschenbergs? Wie können die Bestände weiterentwickelt werden?
- Welche, v.a. auch präventiven Erneuerungsstrategien gibt es für diesen Wohnungsbestand?
- Wie wird das Thema des Generations- bzw. Mieterwechsels wahrgenommen?
- Welche Zukunftsperspektiven hat die Siedlung und wie kann sie konkurrenzfähig in den Wohnungsmarkt integriert werden?
- Wer soll zukünftig am Paschenberg wohnen?

Strukturwandel und Stadtumbau in Herten

- Herten, als ehemals größte Bergbaustadt Deutschlands, ist von starken wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen infolge der Zechenstandortschließungen betroffen.
- Neben der Zukunftsgestaltung der Stadt Herten geht es vor allem um die Stabilisierung und Zukunftsentwicklung der besonders benachteiligten Stadtteile.
- Die Auswirkungen sind – je nach Prägung des Bergbaus – unterschiedlich schwer.
- Integrierte Handlungskonzepte auf der Grundlage städtebaulicher Förderungen sind dabei das zentrale Steuerungs- und Entwicklungsinstrument.
- „Aufbruch Nord“: Im Mittelpunkt dabei die Reaktivierung der Zechenbrache „Schlägel und Eisen“.

Die demographische und soziale Entwicklung



Quelle: Stadt Herten, Integriertes Handlungskonzept Herten-Nord, Projektbeschreibung, März 2008, S.16

Vor welchen Problemen steht das Quartier?

- Die Zechenschließung erfolgte in Herten recht spät, dafür sehr rasch aufeinander, sodass viele Arbeitsplätze in recht kurzer Zeit verloren gingen
- Herten-Paschenberg ist zugleich reichster und ärmster Stadtteil, daher innerhalb der Statistik relativ unauffällig, da die „Reichen“ die „Armen“ auffangen
- Einsetzender Generationswechsel
- Bevölkerungsrückgang
- Monofunktionales, reines Wohngebiet mit überwiegend gleichförmigem Wohnungsgemenge
- Kleine Grundrisse und einfache Ausstattungsqualitäten, Standardwohnungen mit zwei oder drei Zimmern, kleiner Küche und Bad, 45-60 m^2, größtenteils keine Balkone
- Einfache Materialqualität und Bauweise (wiederaufbereiteter Trümmerschutt), zu geringe Dimensionierung der Bauteile, schlechter Schallschutz
- Unauffälligkeit der Quartiere darf nicht mit einer Problemlosigkeit gleichgesetzt werden

Potenziale des Quartiers

- Geringe Bebauungsdichte, großzügige Grün- und Freiräume mit alten Baumbeständen
- Gut integrierte Lage im Siedlungsgefüge
- Überschaubare Wohneinheiten, kleinteiliger als großvolumigere Gebäudestrukturen der 1960er und 1970er Jahre
- Quartier leistet wichtigen Beitrag zur Wohnraumversorgung
- Endogene Entwicklungspotenziale
- Kleinteilige Eigentümerstruktur
- Bautechnische Mängel des Entstehungszeitalters können ausgeglichen werden
- Kleine Grundrisse interessant für Familien oder Singles
- Bewohnerbefragung zeigte deutliche Verwurzelung mit dem Stadtteil
- Um die Bestände langfristig attraktiv zu gestalten, sollten sowohl investive als auch nicht-investive Maßnahmen zum Einsatz kommen

Handlungsoptionen der Kommune

- Passives Verhalten überdenken und in eine aufmerksamere Rolle schlüpfen
- Aktive und vorbeugende Handlungsweise
- Präventive Maßnahmen
- Beitrag zu Innenentwicklung leisten, um kostspielige Neubauquartiere zu vermeiden
- Kommunale Planungshoheit
- Wohnungswirtschaft und sonstige Akteure zu Aktivitäten und Maßnahmen anregen
- Wohnungsmarktbeobachtung aufbauen („Frühwarnsystem“)
- Zusammenarbeit zwischen Kommune und der Wohnungswirtschaft
- Formelle Instrumente / Informelle kommunale Konzepte

Handlungsoptionen der Wohnungswirtschaft

- Investitionen in die Bestände
- Modernisierungen/Sanierungen hinsichtlich vorhandener Rahmenbedingungen
- Anbau von Balkonen, Erhöhung der Ausstattungsstandards, Verbesserung des Schall- und Wärmeschutzes, Austausch von Fenstern, Reduzierung von Barrieren
- Heizungsmodernisierungen
- Grundrissänderungen
- Verbesserung des Wohnumfelds

Handlungsoptionen der Bewohner

- Pflege der Freiräume durch bspw. Pflegepatenschaften
- Nachbarschaftshilfe
- Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe
- Mieterbeirat, Bürgervereine, Quartiersforum
- Einkaufshilfe etc.
- Kinder als Experten der Quartiersentwicklung

Mögliche Ziele der Akteure bei „Investitionen“ in die Bestände

- Vermeidung bzw. Reduzierung der Leerstandsquote
- Möglichst geringe Fluktuation
- Stärkung von Nachbarschaften
- Imageaufwertung der Quartiere
- Vermeidung von Vandalismusschäden
- Sicherung der Vermietbarkeit der Wohnungen
- Erhalt bzw. Steigerung der Immobilienwerte
- Reduzierung der Kosten für die Pflege und Verwaltung der Wohnungsbestände
- Anpassung der Wohnungen an veränderte Nachfragen

Fazit: Hat der Paschenberg eine Zukunft?

- Ja, mit Hilfe von integrativer Quartiersarbeit, Erarbeitung konkreter Handlungsansätze, Unterstützung von Vernetzungsstrukturen, Aufbau von Kooperationen, Realisierung von Projekten sowie der Erschließung von Finanzmitteln außerhalb der klassischen Förderung

Der Hertener Paschenberg – Eine Fallstudie zum Strukturwandel

Erst stirbt die Zeche, dann die Sozialdemokratie?

Julia Olivia Walber

Fragestellung

Die Wahlergebnisse der SPD nehmen aktuell deutschlandweit ab, seit 1990 verlor die Partei mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder. Vor allem im Ruhrgebiet verfügte die SPD durch die Montanindustrie und deren Arbeiter immer über eine gute Basis.

Doch wie sieht es heute aus – welche Folgen hat der (Sozial-) Strukturwandel auf politischer Ebene? Stirbt mit den Zechen auch die Sozialdemokratie?

Beispiel: Landtagswahl 2017 in Essen

Bei der kreisangehörigen Stadt Herten sind kleinräumige Daten und nur teilweise vorhanden und kaum durchgängig über einen längeren Zeitraum verfügbar.

Beispielhaft lohnt sich daher ein Blick auf die Landtagswahl 2017 in der kreisfreien Stadt Essen, die über ausführliche und frei zugängliche Statistiken verfügt.
Das Phänomen „Sozialäquator A40“ bildet sich hier besonders deutlich ab. Der Norden ist betroffen von Armutssegregation – die Stadtteile, die vor allem durch Bergarbeiter geprägt wurden.

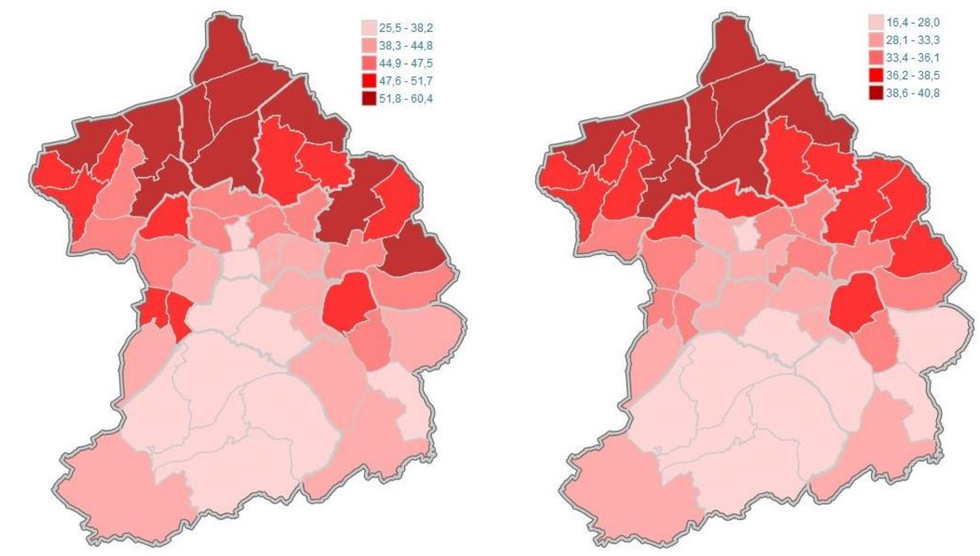


Abb. 1: Zweitstimmenanteil der SPD bei der LTW 2012 (l.) und LTW 2017 (r.) in Essen

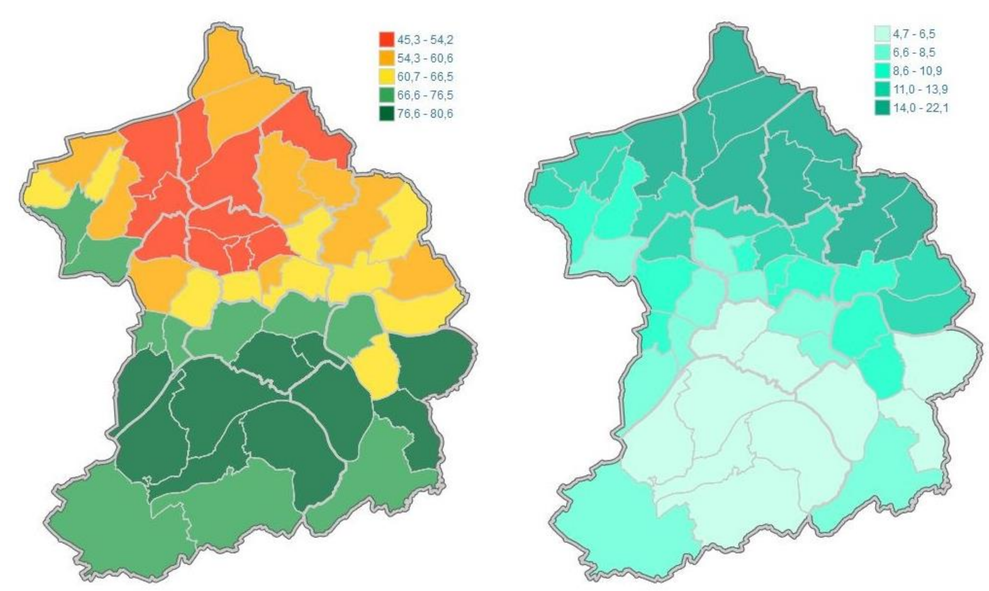


Abb. 2: Wahlbeteiligung (l.) und Zweitstimmenanteil der AfD (r.) bei der LTW 2017 in Essen

Die Ergebnisse der Landtagswahl 2017 zeigen, dass im Essener Norden …

- … die **SPD** deutlich **mehr Zweitstimmen** holt, als im Süden
- … die **SPD** im Vergleich zur LTW 2012 **keine absoluten Mehrheiten** erzielt
- … die **Wahlbeteiligung am niedrigsten** ist
- … die **AfD** gleichzeitig die **höchsten Ergebnisse** erzielt

Schwierigkeiten bei der Datengewinnung

- Wahlergebnisse auf Stimmbezirksebene sind von der Stadt erst ab 1999 dokumentiert worden → Recherche erfolgte über das Archiv der Zeitung „Hertener Allgemeine“
- Die heterogene räumliche und soziale Struktur kann durch die Wahlbezirke, die sich im Laufe der Zeit zudem häufig verändern, kaum sinnvoll widergespiegelt werden

Quellenangaben:

Backes et al. (2016). *Parteien. „Wofür stehen wir eigentlich?“.* In: Der Spiegel, im Internet unter: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-146155490.html

Abb. 1 und 2: Stadt Essen: Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
Fakultät für Sozialwissenschaft
Empiriemodul
S „Erst stirbt die Zeche, dann stirbt die Stadt?“
Veranstalter: Prof. Dr. Strohmeier
WiSe 2017/208

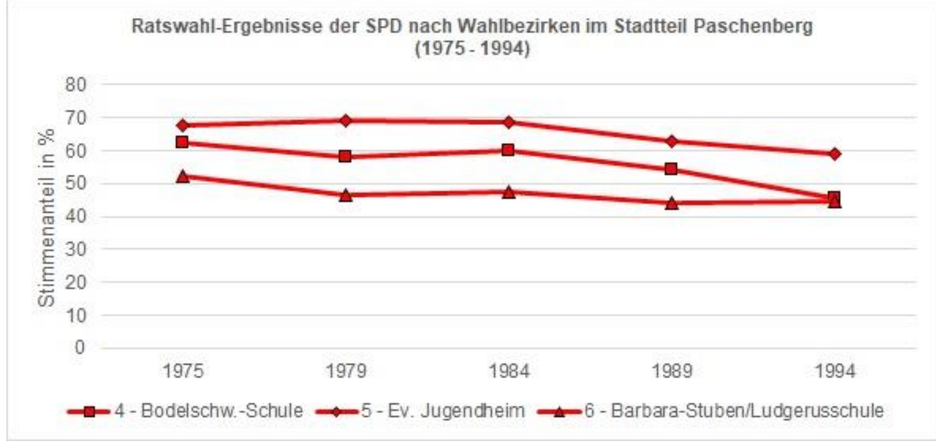
Kommunalwahlen in Herten

Bis zur Bürgermeisterwahl 2016 wurde die Stadt Herten durchgehend von Sozialdemokraten regiert.

„Herten, 61.000 Einwohner, war größte Bergbaustadt Europas – und eherne SPD-Hochburg. Hier könne man einen Besen rot anstreichen, hieß es, und der werde gewählt.“ (Backes et al. in: Der Spiegel, 2016)

Wahlergebnisse im Vergleich

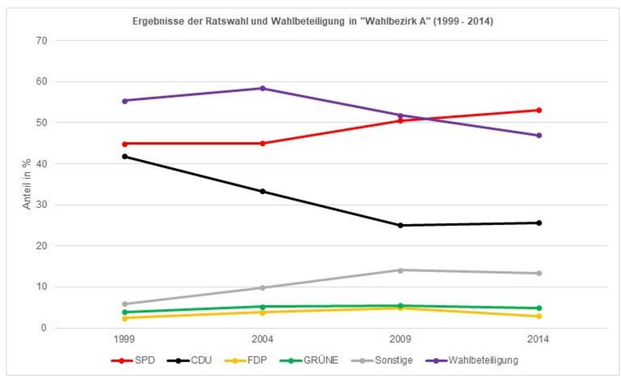
Die Wahlbezirke im Stadtteil Paschenberg sind nicht immer 100% deckungsgleich, können jedoch aufgrund nur geringer Abweichungen von 1975 bis 1994 zusammengefasst werden zu den Stimmbezirken 4 (Bodelschwingh-Schule), 5 (Ev. Jugendheim) und 6 (Barbara-Stuben/Ludgerusschule).



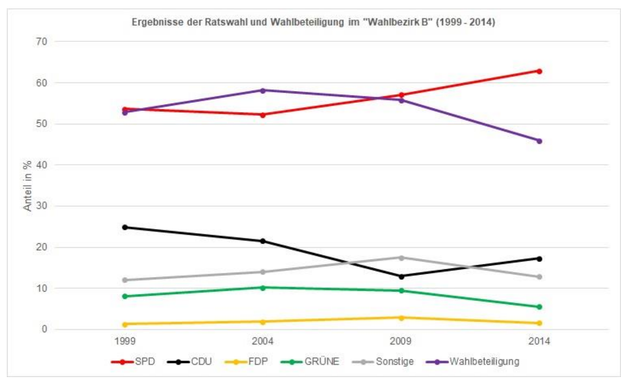
Von 1999 bis 2014 weichen die Wahlbezirke stärker voneinander ab und können daher nur in den Kategorien A und B zusammengefasst werden, innerhalb derer die zugehörigen Straßen jeweils zu >75% übereinstimmen.

Zwischenfazit

In den Jahren 1989 und 1994 lässt sich zwar in den Stimmbezirken 4 und 5 ein leichter Rückgang der SPD-Stimmen erkennen, allerdings findet sich im Zeitraum von 1999 bis 2014 wieder eine steigende Tendenz.



Auffällig ist hierbei, dass sich **Wahlbeteiligung und SPD-Stimmenanteil gegensätzlich** zueinander verhalten. Wie schon beim Beispiel der Landtagswahlen in Essen, steigt das Ergebnis der SPD, wo die Wahlbeteiligung sinkt.



Interview: Hertener SPD-Bürgermeisterkandidat

- Früher: intensive Wechselspiele zwischen SPD und Bergbau
  → Wählerschaft der SPD generierte sich „automatisch“
- Heute: keine konkrete und unmittelbare Verbindung mehr zwischen SPD und Wählern → Stadtpolitik ist abstrakter geworden
- Im Umfeld der Zechen: Weniger Arbeit für Niedrigqualifizierte
  → hohe Sozialempfängerquote, hoher Migrantenanteil
- SPD verließ sich lange Zeit auf ihren Erfolg bis es eine „echte Alternative“ gab → Bürgermeisterwahl 2016

„Ich finde es wichtig, dass man den einfachen Zusammenhang nicht ziehen kann. Es gibt nicht den einen Faktor, der den Niedergang der SPD begünstigt […], sondern es ist immer eine Melange. Der Weggang des Bergbaus hat viele Probleme verursacht, unter anderem bei der SPD, aber ist nicht alleinige Ursache für das Elend der SPD in Herten – da ist auch vieles hausgemacht.“ (Alexander Letzel)

Antwort

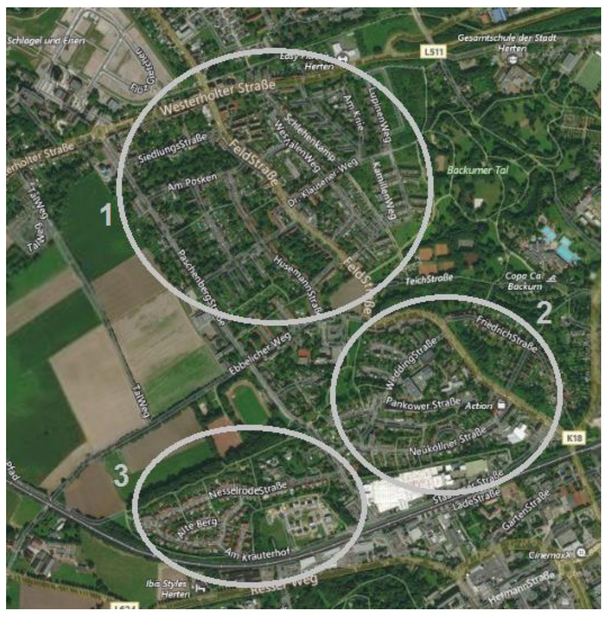
*Auf Grundlage der erhobenen Daten und in Ergänzung mit den Ergebnissen aus dem Experteninterview **lässt sich die Hypothese „Erst stirbt die Zeche, dann die Sozialdemokratie“ nicht bestätigen**. Zwischen den Zechenschließungen und Wahlergebnissen der SPD ist **kein direkter Zusammenhang erkennbar**. Veränderungen lassen sich möglicherweise vielmehr auf bundes- und landespolitischer Ebene oder die individuelle Ebene (BürgermeisterkanditatInnen) zurückführen.*

Der Hertener Paschenberg – Eine Fallstudie zum Strukturwandel

Eine Online-Umfrage zum Image des Stadtteils

Florian Kalus, Julia Olivia Walber

Fragestellung



Der Hertener Stadtteil Paschenberg ist sowohl in sozialer, als auch in räumlicher Hinsicht sehr heterogen. Die drei groben Bereiche „Berliner Viertel“ (2), „Südhang“(3) und „ehemalige Zechensiedlung“ (1) unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Struktur teilweise stark voneinander.

Doch wird die Heterogenität des Stadtteils auch von außen so wahrgenommen? Was denken Hertenerinnen und Hertener über den Paschenberg? Wie attraktiv ist der Stadtteil als Wohnort?

Assoziationen der TeilnehmerInnen

Heimat/Kindheit ***Migranten/Ausländer***

Moscheen ***Sportplatz/Fußball*** ***Coca-Cola***

Schulen/Realschule ***Villen/gehobene Wohngegend***

gegensätzliche Wohnverhältnisse ***Kriminalität/Gewalt***

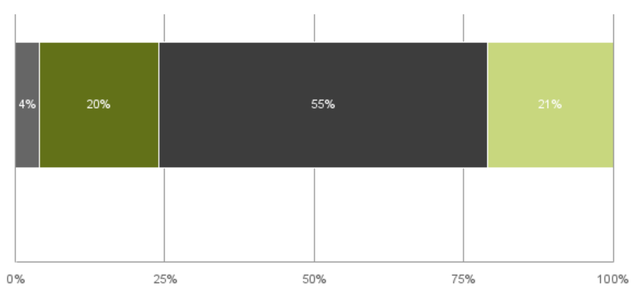
Lage & Infrastruktur

In einem ersten Fragenkomplex wurde nach der persönlichen Wahrnehmung der räumlichen Gegebenheiten gefragt. Wie steht es etwa im Paschenberg um Infrastruktur und Freizeitangebote?

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass …

- … die **Lage** des Stadtteils tendenziell als eher **zentral** wahrgenommen wird.
- … 92% die **Autoanbindung** des Paschenbergs als gut empfinden, auch die Anbindung an den **ÖPNV** wird von >50% als gut wahrgenommen.
- … **Einkaufsmöglichkeiten**, das **gastronomische Angebot** und **medizinische Dienstleistungen** von ca. 75% als nicht ausreichend bewertet werden.
- … **Grün- und Erholungsflächen** sowie Möglichkeiten zur **Freizeitgestaltung** als ausreichend wahrgenommen werden.
- **Angebote für Senioren** von >50% vermisst werden und **Angebote für Familien und Kinder** tendenziell als mangelhaft empfunden werden.

Der Stadtteil Paschenberg bietet ausreichend medizinische Dienstleistungen (Ärzte, Apotheken, Reha …).



TeilnehmerInnen

Die Umfrage wurde über Facebook in Hertener Gruppen verbreitet. Insgesamt nahmen 120 Personen teil.

Wohnort

→ 70% der TeilnehmerInnen wohnen in Herten, außerhalb des Stadtteils Paschenberg, während 21% dort wohnen oder bereits dort gewohnt haben

Geschlecht

→ 68% der TeilnehmerInnen sind weiblich, 32% sind männlich

Alter

→ jeweils ca. ein Drittel der TeilnehmerInnen entsprach den Alterskategorien „22 bis 35“, „36 bis 50“ und „51 bis 65“

Höchster Bildungsabschluss

→ Hauptschule: 8%, Realschule: 30%, Fachhochschulreife oder Abitur: 41%, Hochschule/Universität: 21%

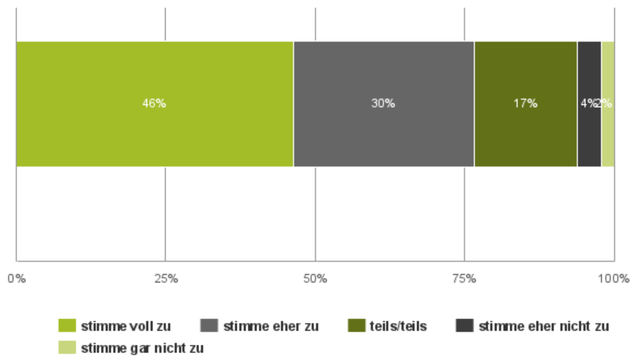
RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
. Fakultät für Sozialwissenschaft
Empiriemodul
S „Erst stirbt die Zeche, dann stirbt die Stadt?“
Veranstalter: Prof. DrStrohmeier
WiSe 2017/208

Bewohner

Im zweiten Fragenkomplex wurde nach den Empfindungen zur Bevölkerungsstruktur im Stadtteil Paschenberg gefragt. Hierbei fällt auf, dass bei vielen Fragen die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ überwiegt. Der Stadtteil wird also durchaus als gemischt wahrgenommen.

- Der Anteil der **Familien und Kinder** im Stadtteil wird von >50% der Befragten als hoch eingeschätzt. Bei der Frage nach dem **Seniorenanteil** ergaben sich gemischte Ergebnisse.
- Anteile an **Berufstätigen** bzw. **Arbeitslosen** werden als gemischt wahrgenommen, allerdings mit Tendenz zu „nicht berufstätig“
- Knapp die Hälfte der TeilnehmerInnen geht davon aus, dass die Bewohner des Stadtteils nicht über ein **hohes Einkommen** verfügen, 39% gaben „teils/teils“ an



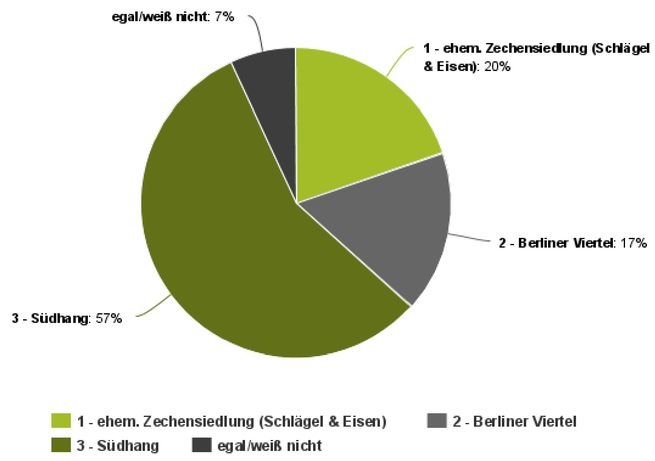
Im Stadtteil Paschenberg leben viele Menschen mit Migrationshintergrund.

Persönliche Empfindungen

Im dritten Fragenkomplex sollten subjektive Empfindungen zum Stadtteil Paschenberg untersucht werden. Auch hier waren die Angaben wieder sehr heterogen – abermals wurde häufig mit „teils/teils“ geantwortet.

- Die Frage zur **Lebensqualität** im Stadtteil lieferte sehr gemischte Ergebnisse, wobei über die Hälfte der Befragten angeben, dass sie sich dort nicht **wohlfühlen** würden.
- 70% gaben an, dass man im Paschenberg nicht alles habe, was man braucht.
- Knapp die Hälfte der TeilnehmerInnen empfindet den Paschenberg nicht als einen **attraktiven Wohnort**, auf den sie stolz wären.
- Zwei Drittel der Befragten nehmen den Stadtteil als in den **Medien** nicht präsent wahr.
- 73% gaben an, dass der Stadtteil Paschenberg für sie als Wohnort nicht in Frage kommen würde
- Für 27% wäre der Stadtteil ein möglicher Wohnort

Welche Wohngegend im Stadtteil Paschenberg würden Sie bevorzugen?



Kommentare der TeilnehmerInnen

„Paschenberg und Herten-Süd sind mit Abstand die schlimmsten Wohngegenden in Herten.“

„Paschenberg gehört zu Herten und das ist auch gut so!“

„müsste grundlegend umstrukturiert werden“

„Es fehlen fußläufige Einkaufsmöglichkeiten für ältere Menschen“

„Es kommt beim Paschenberg auf die Strasse an. Die Siedlungen an der Bahntrasse sind sehr schön. Fährt man weiter den Paschenberg rauf wird es ungemütlich und man fühlt sich fremd im eigenen Land…“

„Der Stadtteil sollte mehr entwickelt werden, insbesondere die Nahversorgung fehlt.“

„hier fehlen geschäfte und sparkassen für senioren schlecht erreichbar“

„Der untere Teil, kräuterhof, ist toll. also südhang. Je höher man kommt umso verwahrloster und dreckiger wird es“

Ergebnis

Die Auswertung der Online-Umfrage hat gezeigt, dass …

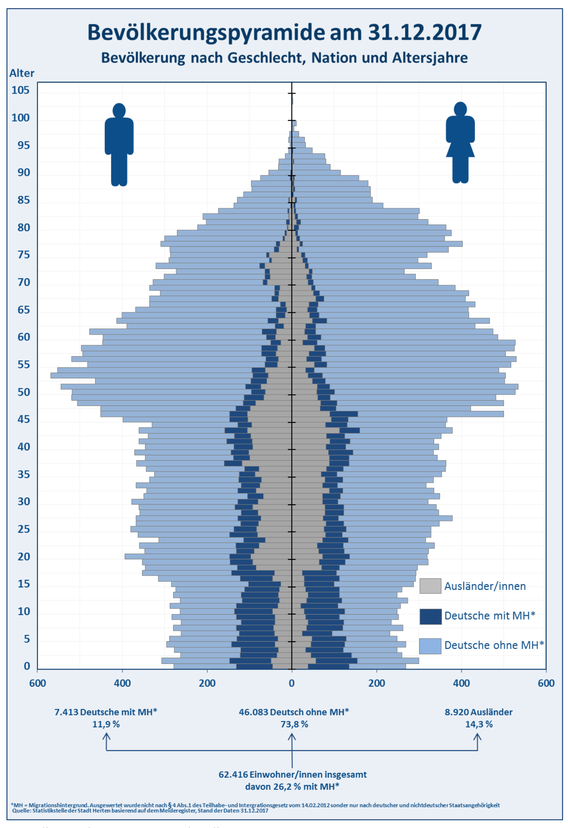
- ***… die Heterogenität des Stadtteils Paschenberg durchaus auch von den Bewohnern so wahrgenommen wird.***
- ***…. besonders der Gegensatz zwischen der ehemaligen Zechensiedlung im Norden und dem gehobeneren südlichen Teil präsent zu sein scheint.***
- ***… vor allem die unzureichende Einkaufssituation und ein hoher Migrantenanteil als problematisch wahrgenommen werden.***

Der Hertener Paschenberg – eine Fallstudie zum Strukturwandel

Alterung, Armut, Integration – Neue soziale Herausforderungen für kath. Kirchengemeinden

Britta Oelke

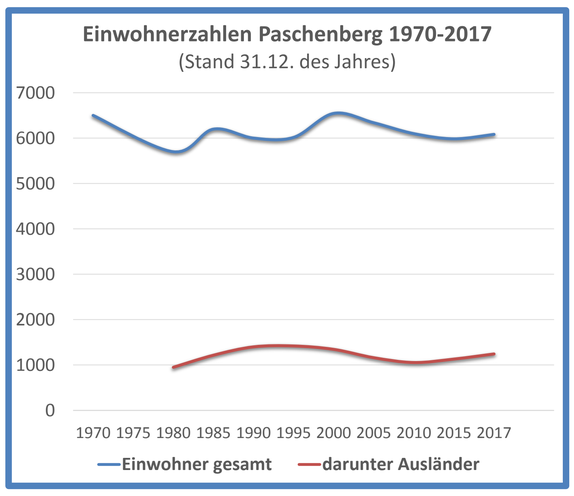
Stirbt mit Stilllegung der Zeche Schlägel & Eisen die soziale Infrastruktur, die bislang von den Kirchen getragen wurde?



Quelle: Stadt Herten Statistikstelle

Forcierte Alterung, ein hoher Ausländeranteil und eine neue Integrations-problematik - Die Kirchen leiden unter erhöhtem Mitgliederschwund und stehen vor neuen Heraus-forderungen: Auf dem Paschenberg schließen sich evangelische und kath. Kirche zu einer **Ökumene** zusammen, während auf der anderen Seite zwei Moscheen entstehen.

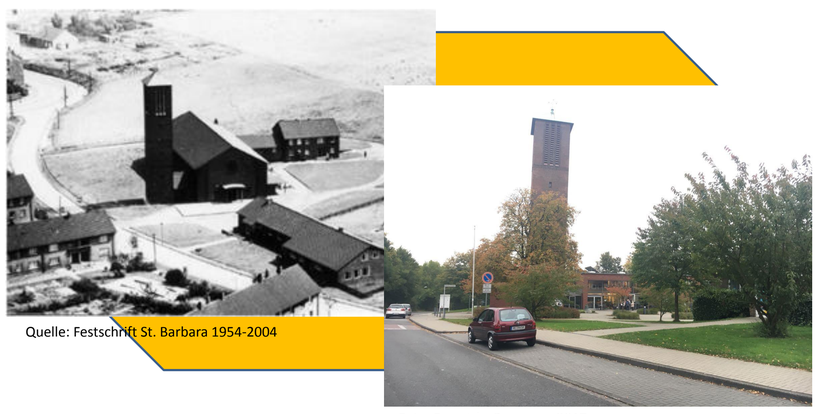
Der erneute Anstieg der Zahlen ausländischer Bevölkerung kann auf den Nachzug türkischer Familien zurückgeführt werden. (Caritas, 2018)



Quelle: eigene Darstellung

Herausforderungen für die kath. Kirche

Abriss und Neubau St. Barbara



Quelle: Festschrift St. Barbara 1954-2004

Foto: Franziska Bramann, 2017

- 2003: Entschluss, altes Kirchenschiff abzureißen und stattdessen das Barbara-Zentrum aufzubauen
- Unmut der Gemeindemitglieder soll durch Erhalt und Integration des alten Kirchturms in das neue Gebäude geschmälert werden

Das neue Barbara-Zentrum

„Grund für das Barbara-Zentrum in seiner jetzigen Form: Kirche muss vor Ort bleiben! Das Leitmotiv der ökumenischen Pastoral auf dem Paschenberg ist aus einem alten Kirchenlied: ‚in menschlichen Gebärden bleibt er DEN MENSCHEN NAH'." (Mertens, 2018)

Foto: Eigene Aufnahme, 2017

- **St. Barbara Kirche**: ökumenische Nutzung
- **Hausgemeinschaft St. Barbara**: Pflegezentrum (Caritas) für demenzkranke Senioren
- Trauer- und Abschiedscafé – **Café am Berg**
- **Pfarrheim**
- **St. Barbara Kindergarten**: Eigentlich katholisch, stammen **60%** der hier betreuten Kinder aus **muslimisch**en Familien

Weitere Einrichtungen & Angebote

Foto: Franziska Bramann 2017

- **Schülercafé Ba®Lu**:

„Eine Initiative unseres Schulseelsorgers Raimund Knoke. Er fährt mit seinem Wohnwagen zu den Schulen und ist in den Pausen für die Schülerinnen und Schüler ansprechbar. Nach Schulsschluss sind sie eingeladen ins Schülercafé Bar(bara)Lu(ther). Dort können sie sich mit Freunden treffen, gemeinsam spielen, backen...." (Mertens, 2018)

Dabei wird jeder Schüler unabhängig von seiner Konfession aufgenommen.

- **Gemeindebulli**: für Ferienfreizeiten und als Fahrdienst genutzt; Besonderheit: Gemeinsames Aufstellen eines Weihnachtsbaumes kurz vor 1. Advent mit Schülern der Erich-Klausener-Realschule und Anwohnern durch Pastoral Referent Raimund Knoke
- **Schöpfungsgottesdienste** als Teil größerer ökumenischer Gottesdienste, die dem Zusammenwachsen der ev. und kath. Gemeinde auf dem Paschenberg dienen sollen

Weiterbestehen alter Gemeinschaften

Um weiterhin bestehen zu können, fusionieren einige Gemeinschaften mit denen benachbarter Gemeinden oder stellen sich privat neu auf. (Bsp.: Turnkreis aufgelöst, Frauen turnen jedoch privat weiter.)

Flüchtlingshilfe

- zentrale Unterkunft für Flüchtlinge 300 Meter vom Barbara-Zentrum entfernt in der ehemaligen städtischen Realschule
- Welcome-Treff im Barbara-Zentrum der evangelischen Luther- und katholischen Barbara-Gemeinde für Flüchtlinge einmal im Monat

Trotz all dieser Angebote existiert weder seitens der Kirche noch der Caritas Stadtteilarbeit, um die Bewohner des Paschenbergs auf die Angebote aufmerksam zu machen oder explizit die deutsche und ausländische Bevölkerung zusammenzubringen.

Beispiel für gelungenen Umgang mit dem Strukturwandel

Das Stadtteilzentrum „Bonni" in Gelsenkirchen-Hassel

www.bonni.org

Einst evangelisches Gemeindezentrum, heute Stadtteil- und Begegnungszentrum.

Leitidee der Stiftung: Engagement, Integration, Partizipation, interkulturelle Teilhabe und Offenheit.

Wichtige Fakten

- **Gastronomiebetrieb** mit saisonalen Speisen = **Integrationsbetrieb** für Menschen mit Handicap und zugleich **Mittagstisch** für Anwohner, Schulen und Kindergärten aus dem näheren Umfeld
- **Fahrradwerkstatt = Praktikumsbetrieb** zur Orientierung für Jugendliche zw. Schule und Beruf; Wartung und Reparatur der Werksfahrräder **wirtschaftlicher Kooperationspartner** (BP und Sabic)
- **Beratungs- und Therapieangebote** durch Diakonie und DRK

Empiriemodul: Erst stirbt die Zeche, dann die Stadt? Der Strukturwandel von Wohnquartieren im Ruhrgebiet (Emp, Teil II)
Wintersemester 2017/18
Dozent: Prof. Dr. Peter Strohmeier
Datum: 01.03.2018

Quellen:
Festschrift St. Barbara 1954-2004
Experteninterview I: Caritas Mitarbeiterin, 2018
Experteninterview II: Pfarrer Norbert Mertes (Dechant der kath. Pfarrei St.Antonius), 2018
Von der Statistikstelle zur Verfügung gestellte Daten der Stadt Herten
http://www.bonni.org/ - Recherche: 09.02.2018 8:30 Uhr

RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM